

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 einschließlich 28 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1901 unter Nr. 7671.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserations-Gebühren
 beträgt für die sechsseitigen Rotations-
 zeile oder deren Raum 40 Pfg., für
 politische und gewerkschaftliche Verles-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.,
 nur das erste Wort frei. Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch: „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Donnerstag, den 21. März 1901.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Stöcker.

Der Hofprediger a. D. Stöcker, der einst eine politische Macht war und von dem die „Großen“ dieser Erde die geistige Ueberwindung der Socialdemokratie erwarteten, ist heute ein Mann, dessen ganzer Ehrgeiz sich in kramphastigen Wiederauferstehungs-Versuchen erschöpft. Solche Bemühungen könnten mit mitleidigem Gelächter abgethan werden, wenn nicht ein Moment hinzukäme, der allerdings dazu zwingt, dieser unsympathischen Persönlichkeit unseres öffentlichen Lebens ernstere Aufmerksamkeit zu schenken. Die Reichstagsverhandlungen vom Dienstag und Mittwoch haben nämlich darüber wieder eindringlich aufgeklärt, daß zwar kein konservativer Mann den einstigen vergötterten Führer zu verteidigen wagt, daß er aber immer noch der g a r z e n Reaktion aus der Seele spricht, wenn er in der Majerei des Hasses, den die spekulative Berechnung heuchlerisch lenkt, Verleumdungen und Schmähungen gegen die sieghaft vordringende Socialdemokratie häuft. Die vornehmen konservativen mögen sich zwar nicht dadurch compromittieren, daß sie in persönlicher Rede den anrüchigen Mann bedecken, aber sie ermuntern und verteidigen ihn, indem sie ihn durch anonymen jauchenden Weisfall auszeichnen. Stöcker gilt ihnen immer noch als ihr geistig begabtester und zugleich moralisch scrupelloser Führer, den sie öffentlich treulos verleugnen, dessen Genialität sie aber höchlichst bewundern und gern benutzen. Datum ist Stöcker immer noch der Träger einer einflussreichen Anschauung, in ihm offenbart sich der reaktionäre Geist ohne Puder und Schminke in seiner ganzen abstoßenden Blöße, und darum muß ihm eine Beachtung gewährt werden, die er an sich verdient hätte.

Am Schluß der Dienstagssitzung hatte Stöcker wieder einmal einen seiner Wiederauferstehungs-Versuche unternommen, indem er unvermuthet plötzlich mit einem wüsten Angriff auf die Socialdemokratie hervorsprang. Es scheint uns zweifellos, daß dieser intrigante Pöffe legend welche Absicht mit seiner sonst unverständlichen roh polternden Kapuzinade verfolgte, in der er die gemeinsten Schimpfworte und die größtlichen Unwahrheiten zusammenstellte, die seine in dieser Hinsicht fruchtbarste Phantasie hervorbringen vermochte. So schimpfte er denn von der Höhe seiner wahrheitscheuen Moral auf die Unstillschheit der Socialdemokratie, so begehrte er insbesondere die alle byzantinisch-streb- samer Gesühle aus tiefste verleugnenden historischen Erinnerungen der 18. Januar-Nummer des „Vorwärts“. Und auch damit mag er einen geheimen Zweck verfolgt haben, daß er den Bruder des Schatzsekretärs als einen Bewunderer seiner Scheiterhaufenpolitik demüthigte.

Nach Stöckers Angriff wurde am Dienstag die Sitzung geschlossen; der Präsident hatte noch angekündigt, daß vier Redner sich gegen Stöcker einzusetzen hätten. Als aber am Mittwoch um 11 Uhr die Sitzung eröffnet wurde, suchten aller Augen vergebens die Gestalt des austrangierten Hofpredigers. Dieser zweite Laifer hatte es vorgezogen, nicht hier zu stehen; er hatte — Gott helfe ihm — was andres außerhalb des Hauses zu thun. Obwohl so der Kampf Mann gegen Mann bereitet war, schenken ihm unsre Redner nicht. Es wurde die lebhafteste Sitzung, die seit langer Zeit im Reichstag erlebt worden. Die Stimmung erreichte zu Zeiten einen bedrohlichen Charakter; es wehte hier und da fast östreichische Parlamentarität. Und niemals zuvor sind im deutschen Reichstag so viel Ordnungsrufe erteilt worden, wie in dieser Stöcker-Debatte. Sie hagelten zu Tausenden und bewiesen, daß ein Stöcker überhaupt nicht parlamentarisch zu behandeln ist.

Zuerst würdigte **Debel**, gestützt auf reiches Thatsachenmaterial, die stillliche Verechtigung Stöckers, andren Leuten Moral zu predigen. Seine Wahrheitsliebe wurde offenkundig dargestellt, der Scheiterhaufen-Brief gegenüber dem Bemühen, den Harmlosen zu spielen, noch einmal nach seiner zerschmetternden Bedeutung gewürdigt, der wirkliche Inhalt der Festschrift-Nummer des „Vorwärts“ dargestellt. Vordringlich erwähnte Debel noch, daß sein Bewährmann hinsichtlich des Tadel-Votums, an dessen Spitze er allerdings nicht mehr glaube, eine so angesehene und vertrauenswürdige Persönlichkeit sei, daß er keinen Grund gehabt habe, an deren Mitteilungen zu zweifeln; das könne ihm der Abgeordnete Schmidt-Eberfeld, der den Bewährmann kenne, bestätigen.

Hatte Debel, der diesmal mit einem Ordnungsruf davonkam, auf den Stöcker schweres dokumentarisches Anlagematerial gewälzt, so ging **Lebedour** mit wuchtiger Dialektik gegen die verleumderischen Phantasien Stöckers vor. Er zeigte, wie die Socialdemokratie in allen Fragen die öffentliche Moral vertrete, in deren steter Verleugnung Stöckers Thätigkeit sich erfülle. Mit schneidendem Hohn wies Lebedour, dem auch ein Ordnungsruf gewidmet wurde, auf die wunderliche Thatsache hin, daß dieser Pastoretheologe selbst die Wittresenwirtschaft Friedrich I. verteidigt habe.

Hierauf sprach **Singer**. Er rechtfertigte gegenüber der Ent- rüstung Stöckers, daß man ein Recht habe, von Geschäfts- christentum zu reden; man brauche ja nur an die frommen Bank- schwindler zu denken, die Sünden und Konfessionen. Dann feierte Singer in seinen weiteren durch zwei Ordnungsrufe und eine prä- sidielle Verwarnung unterbrochenen Ausführungen weitere Beiträge zum Charakterbilde Stöckers bei, scharf, schonungslos und un- widerleglich.

Inzwischen war es 1 Uhr geworden. Zwei Stunden hatte man bereits über den unsichtbaren Stöcker verhandelt, über dessen fluchtartiger Abwesenheit natürlich das Gebührende gesagt wurde. Da mochte der Mann Gottes glauben, das Gewitter sei nun wohl vorüber und er könne nun wieder sich zeigen, ohne befürchten zu müssen, von den Vögeln erschlagen zu werden. Als Singer beinahe am Schluß war, erschien Herr Stöcker, lauernd schleichend, im Saale. Als er merkte, daß man immer noch seine Person vorhatte,

daß er also zu früh gekommen, geriet er sichtlich in Verlegenheit und Aufregung. Er mußte noch einige Schmeicheleien Singers mit eigenen Ohren anhören und so konnte er sich nicht mehr der Notwendigkeit entziehen, zu antworten.

Eine kurze Erklärung des konservativen Herrn **v. Ledebow** der es vermied, auch nur mit einem Worte die gegen Stöcker gerichteten Angriffe zurückzuweisen, verschaffte ihm die nötige Erholungs-pause.

Und nun erhob sich Herr Stöcker. Zwar hatte er nichts von den Verhandlungen außer dem Schluß der Rede Singers gehört, dennoch stellte er mit seiner ganzen Unverfrorenheit vor dem Hause fest, daß seine feiner Verschuldigungen widerlegt seien, und munter begann er gegen die Ausführungen zu polemisieren, die er nicht kannte. Diese ungenierte Methode erregte den Vicepräsidenten **Wasing**. Er fiel dem Redner ins Wort und wies ihn an, seine Antwort auf das zu beschränken, was er gehört habe — ein moralisch verständlicher aber parlamentarisch durchaus unzulässiger Eingriff des Präsidiums. Jetzt wachte sich der edle Stöcker nicht anders mehr zu helfen, als indem er jene alten insamen Verleumdungen gegen den Genossen Singer richtete, mit denen der Mann seit Jahren seine Agitation frisiert.

Singers Antwort war würdig und sachlich. Als er zuletzt in kräftiger Form seinen Ekel über diesen niedrigen Angriff äußerte, verfiel er wieder einem Ordnungsruf. Temperamentvoll und mit schneidendem Sarkasmus verteidigte **Debel** seinen Freund gegen die Anwürfe, nicht ohne sich abermals einen Ordnungsruf zuzuziehen.

Abermals versuchte Stöcker eine Erwiderung, und es gelang ihm in der That, seine bisherigen Verleumdungen schonlos zu überbieten, indem er wider besseres Wissen die Behauptung aufstellte, daß Singer Grundzüge seines ehemaligen Associo Rosenthal verrete. In gerechter Empörung über diese maßlose Verleumdungsfucht entstand auf der Linken ein ungeheurer Tumult und es fielen die schärfsten Zwischenrufe. In Debels knapper schneidender Entgegnung entdeckte der Präsident dreimal einen Verstoß gegen die Ordnung des Hauses, nachdem er auch widerholt Stöcker zur Ordnung gerufen hatte. Mit besonderem Geschick und eleganter Ironie plaidierte endlich noch **Stadthagen** auf mildernde Umstände für Stöcker.

Als moralisch gestäupter und geschundener Mann schlich Stöcker aus dem Saal — ein Jammerbild. Freilich, ein Stöcker stirbt ebenso wenig wie die Reaktion, der er dient, an moralischer Hinrichtung. Eines Tags wird er led wieder erscheinen, als wäre gar nichts geschehen, und wieder schimpfen, schmähchen und verleumden...

Nach der Stöcker-Episode, die durch sachliche Reden zum Reichs- amt des Innern unterbrochen wurde, lenkte die Debatte in ruhigere Bahnen ein. Es wurden noch eine große Anzahl wichtiger Fragen gestreift, an deren Diskussion sich insbesondere unser Redner und die Regierungsvertreter beteiligten. Die Konservativen bezeugten ihr Interesse an der dritten Etatsberatung, die bis zur Erledigung des Marine-Etat gedieh und fast acht Stunden währte, nur einmal. Da handelte es sich freilich um — Pferdezug.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. März.

Das Abgeordnetenhaus

hat am Mittwoch die dritte Etatsberatung beendet. Wie zu erwarten, tauchten beim Kultusetat, der allein noch zu erledigen war, wieder die alten Klagen über ungerechte Behandlung der Katholiken, über mangelhafte Befoldung der Lehrer in manchen Gegenden, über Lehrermangel usw. auf — alles Fragen, die bereits bei der zweiten Beratung eingehend erörtert waren. Allen Bildungsfeinden durfte die Erklärung des Ministerial-Direktors **Kügler** zur Freude gereichen, daß die Regierung prüfen werde, ob es sich nicht empfehle, die Zahl der Halbtagsschulen zu vermehren.

Ueber die von der Regierung geforderte, aber in zweiter Lesung abgelehnte Vermehrung der Kreis-Schulinspektorstellen fand eine namentliche Abstimmung statt, deren Resultat die nochmalige Ablehnung mit 219 gegen 140 Stimmen war. Gleichfalls in namentlicher Abstimmung mit 179 gegen 161 Stimmen lehnte das Haus die Erhöhung der Position für altkatholische Geistliche um 6000 M. ab.

In vorgerückter Stunde begann das Haus noch die Beratung des Berichts der Budgetkommission über die Hypothekendarlehen. Nachdem **Abg. v. Heydebrand** die auf eine schärfere Beaufsichtigung der privaten Hypothekendarlehen hinielenden konservativen Anträge begründet hatte, vertagte das Haus die weitere Beratung auf Donnerstag.

Der Kampf um den Posttarif.

Noch ist die Entscheidung des Reichskanzlers und des preussischen Staatsministeriums über die grundlegende Frage des neuen Posttarifs, ob Einheits- oder Doppeltarif mit Festlegung von Minimumsätzen für landwirtschaftliche Erzeugnisse, nicht gefallen. Doch sie steht nahe bevor und die Vorkämpfer sowie Gegner des Doppeltarifs bemühen sich noch im letzten Augenblick, Einfluß auf die entscheidenden Stellen zu üben.

Der **Hamburg-Korrespondent**, der die Interessen des Handels nachdrücklich gegen die agrarischen Grenzverpläne vertritt, behauptet, Graf **Bülow** wisse vermutlich selbst noch nicht, wie er sich entscheiden solle, und suche in Widerstreit der Meinungen nach einer Lösung der Schwierigkeiten. Die Aufgabe, die Quadratur des Kreises zu finden, sei aber kein schwierigeres Problem, als Handelsverträge auf Grund eines gesetzlich festgelegten Maximal- und Minimaltarifs in den Agrarzöllen zu stande zu bringen. Das

Blatt faßt dann die Bedenken gegen den Doppeltarif nochmals nachdrücklich zusammen:

Der Doppeltarif schwächt und belastet unsere Position in den Vertragsverhandlungen mit den auswärtigen Staaten. Wir spielen mit offenen Karten, die Gegner mit verdeckten. Jeder fremde Staat wird von vornherein den Minimaltarif für sich fordern und die Maximalsätze als Kampfzölle betrachten. So gehen wir in die Verhandlungen mit gefesselter Hand. Es ist aber ein laum je erhörter Vorgang, daß die Regierung selbst dem Parlament die Hände zum Fesseln darbietet, um sich dem fremden Gegner gegenüber wehrlos zu machen. Mit dem Doppeltarif entlehrt sich die Regierung allerdings zum Teil der Verantwortlichkeit für die späteren Dinge, aber auch der Macht und Verfügungsfreiheit. Die wahren Herrscher in Sachen der Handelsverträge sind dann die Führer des Bundes der Landwirte, vor denen die Reichsregierung abbliebt.

Mit unumstößlichen Zahlen und Thatsachen ist freilich der Beweis nicht zu liefern, daß bei einem Doppeltarif die Handelsverträge nicht erneuert werden können. Aber die Ereignisse der Vergangenheit sprechen mit einer Wahrscheinlichkeit von 99:100 für einen solchen Verlauf der Dinge. Wir haben dies oft genug hier ausgeführt unter Hinweis auf Frankreich, Spanien usw. Immer ging es so: Erst Schelttern der Verhandlungen, dann Zollkrieg, endlich Durchlöcherung des Minimaltarifs zu Gunsten eines Vertrags. Soll Deutschland denn gewaltsam in dasselbe Schicksal hineingetrieben werden? Wir wollen nicht dem Verdachte Raum geben, daß die Freunde des Doppeltarifs gerade aus diesen Gründe an dem unheilvollen Schem festhalten. Aber die tatsächliche Wirkung wird die Vereitelung der Handelsverträge und die wirtschaftliche Verelendung mit aller Welt sein.

Der wirtschaftliche Kampf aber bedeutet zugleich auch die politische Versäumnung. Sollen wir frohlichen Muth wirklich in dies Meer voll Klippen und Untiefen hinein dampfen, mit dem Vorkühnen des Bundes der Landwirte am Steuer? ...

Das Gegenpiel dieser antiagrarischen Bemühungen spielt die „Deutsche Tageszeitung“. Und sie zieht die höchsten Register, sie droht mit der offenen Rebellion der königstreuen landwirtschaftlichen Bevölkerung:

„Die deutsche Landwirtschaft weiß, vor wie schwerer Entscheidung sie jetzt steht. Wir haben jüngst erst hervorgehoben, daß in letzter Zeit das verkümmerte und fast verschwundene Vertrauen wieder Wurzeln zu schlagen beginnt, und haben uns dessen herzlich gefreut. Die Ablehnung des Doppeltarifs würde einen Schlag ins Gesicht der deutschen Landwirtschaft bedeuten. Sie würde die Ablehnung sich nicht anders erklären können, als daß man wieder gewillt sei, aber wenigstens mit der Möglichkeit rechnen, die künftigen Handelsverträge auf Kosten der Landwirtschaft abzuschließen. Das müßte wieder leimende Vertrauen würde damit sofort wieder absterben und schwinden. Das sind keine Lebensarten. Wer die Stimmung der Landleute kennt, der weiß, daß wir sie viel zu rosig geschildert haben.“

Es fällt uns nicht ein, irgend welche Drohungen auszusprechen. Die jetzigen Führer der landwirtschaftlichen Bewegung und wir sind weder fähig noch geneigt, in das Lager der unbedingten grundsätzlichen Opposition überzugehen. Die gekränkte und in ihrem Vertrauen wiederum betrogene Landwirtschaft würde sich aber andre radikale Führer wählen; und welche Gefahr eine solche Entwicklung in sich birgt, das braucht nicht besonders dargelegt zu werden. Doch diese Entwicklung kein Hinweis gestimmt, kein Säredogma ist, das weiß jeder, der in der landwirtschaftlichen Bewegung steht oder sie einigermaßen kennt. Schon jetzt regt sich in einigen Landbestellen eine immer schärfer werdende Gegenströmung gegen die jetzigen Führer, die manchen Leuten viel zu loyal, viel zu mild, viel zu wenig scharf erscheinen. Wir erinnern an den Artikel der „Neuen Bayerischen Landeszeitung“, der nach der Generalversammlung des Bundes der Landwirte erschien. Wenn die deutsche Landwirtschaft oder auch nur ein großer Teil der deutschen Landwirtschaft in die Bahnen einer grundsätzlichen Opposition hineingedrängt wird, dann kann das Deutsche Reich sich nicht mehr gedeihlich entwickeln, dann kann es nicht mehr seine historische Aufgabe erfüllen. Das ist so selbstverständlich, daß man es sich allgemein selbst sagen möchte. Die Entscheidung, ob die deutsche Landwirtschaft unter der bisherigen Führung eines der festesten Stützen des Staats und des Reichs bleiben kann, oder ob sie unter andre radikale Führung geraten wird, steht unmittelbar bevor. Auf die Bedeutung, die Schwere und die Gefahr dieser Entscheidung nochmals hinzuweisen, halten wir für unsre Pflicht.“

Ohne Minimalzoll auf Weizen und Roggen von 5, 6 oder 7 M. Uebergang der „Kollektenden“ zur „grundsätzlichen Opposition!“ Ohne Doppeltarif keine Königstreue! Aber die Herren Agrarier drohen nicht, sie stellen nur die „Stimmung im Lande“ fest.

Die Hahn, Wangenheim, Köpcke und Dietel, sie selbst werden Monarchisten bleiben, Monarchisten bis auf die Knochen, — nur ihre Gefolgschaft wird sich trotz aller bisherigen guten Erziehung durch die „Deutsche Tageszeitung“ nicht abhalten lassen, ihre Rolle als Stützen des Staats, des Throns und des Kaisers schleunigst abzugeben, und die letzte Stunde der Monarchie und der heutigen Staatsordnung ist gekommen. Aber die „Deutsche Tageszeitung“ droht nicht, beileide nicht.

Die Agrarier scheinen sich in der That des Doppeltarifs, der ihre Wünsche vorläufig erfüllt, noch nicht ganz sicher zu sein. Das Reichs-Schatzamt und das preussische Ministerium für Handel und Gewerbe sollen dem Doppeltarif lebhaft entgegenarbeiten.

Dazu will ein Berliner Blatt wissen, daß die Beschlußfassung des preussischen Staatsministeriums über die Tarifvorlage, die unmittelbar nach Ostern stattfinden soll, nur als eine vorläufige betrachtet werden solle. Ferner

Sollen bereits verschiedene Bundesregierungen vertraulich erklärt haben, sie könnten bei allem Entgegenkommen gegen die Wünsche des Reichsanzlers nach einer Beschleunigung mit Rücksicht auf ihre besonderen Landesinteressen von einer Befragung der beruflichen wirtschaftlichen Körperschaften, so zeitraubend sie sich auch gestalten möge, nicht Abstand nehmen.

Bestätigen sich diese Mitteilungen, so will sich Graf Bülow die endgültige Entscheidung noch längere Zeit aufsparen. Die jegliche Unklarheit über die Gestaltung der Zolltarif-Vorlage würde danach weiter verlängert werden.

Das arbeitende Volk thut wohl, der Möglichkeit, daß die Reichsregierung sich schließlich doch noch dem agrarischen Doppeltarif entziehen könnte, keinerlei Beachtung zu schenken. Vielmehr ist das unvernünftigste als sicher zu erwarten. Und unter diesen Umständen hat die arbeitende Bevölkerung ihren Kampf weiter zu führen.

Deutsches Reich.

Ein national-socialer „Eroberungszug“.

Worner Raumann hat, wie die Chemnitzer „Vollstimme“ berichtet, in den letzten Tagen im 17. sächsischen Reichstags-Wahlkreis Glauchau-Weerane über „Weltpolitik“ und das „national-socialer Programm“ gesprochen. Die National-socialen tragen sich mit der kühnen Absicht, in diesem Wahlkreis eine Reichstags-Kandidatur, vielleicht die Kandidatur ihres ersten Führers selbst, vorzubereiten, um unsere Parteigenossen aus dem Sattel zu heben.

Aber die Arbeiter des Wahlkreises gaben Herrn Raumann eine so deutliche und kräftige Antwort, daß er sie kaum jemals vergessen dürfte. Am Dienstagabend sprach Herr Raumann im „Weißen Hof“ in Glauchau. Schon eine halbe Stunde vor Beginn der Versammlung erfolgte polizeiliche Absperrung, da der Saal überfüllt war. In 1 1/2 stündiger Rede erläuterte Herr Raumann das national-socialer „Programm“. In der Diskussion trat ihm Redacteur Schöpflin, Chemnitz in einständiger Rede entgegen, wobei es zu einer außerordentlich scharfen und heftigen Auseinandersetzung zwischen Raumann und Schöpflin kam. Unser Genosse schlug am Schluß seiner Ausführungen folgende Resolution vor:

„Die am 19. März im „Weißen Hof“ tagende Volksversammlung erklärt, daß sie nur allein in der Socialdemokratie die wahre und richtige Vertreterin der arbeitenden Klassen erblickt. Am allerwenigsten aber ist die Versammlung geneigt, Herrn Raumann und seinen wenigen Getreuen zu folgen, da die Versammlung sich der Bestätigung nicht verschließen kann, daß er als „Arbeiterfreund“ dem arbeitenden Volke gelegentlich einmal eben solche Ueberredungen bieten würde, wie als Christ und ehemaliger Pastor der gesamten Welt durch seine Hummerklärung. Die Versammlung ist ferner der Ansicht, daß Herrn Raumann sowohl seine Arbeiterfreundlichkeit, wie sein Eintreten für die Weltmachtpolitik teilweise nur Mittel zu dem Zwecke sind, um gegebenen Falls mit Hilfe des einen oder andern eine Rolle in Deutschland zu spielen; deshalb sein eifriges Paktieren mit beiden. Die Versammlung erklärt, zu Herrn Raumann als Politiker kein Vertrauen zu haben, und wird seinem Befehle, unter die Arbeiterchaft im 17. sächsischen Reichstags-Wahlkreis Zutritt zu bringen, in der energigsten Weise entgegenzutreten.“

Herr Raumann bekämpfte die Resolution auf heftigste und nannte es eine schreiende Ungerechtigkeits- und Schöpflin, eine derartige Resolution gegen ihn zu stellen. Obwohl Herr Raumann die größten Register seiner bedeutenden Beredsamkeit zog, es war vergebens; mit einer guten Mehrzahl-Majorität erklärte sich die Versammlung für die Resolution. Damit ist das Schicksal des national-socialen Eroberungszuges im 17. sächsischen Wahlkreis besiegelt. Herr Raumann wird einsehen müssen, daß Glauchau-Weerane kein Operationsfeld für seine Weltmachtspropaganda ist. Die in Glauchau angenommene Resolution trifft den Politiker Raumann sehr hart — aber nicht un verdient.

In Weerane erlitt Raumann am Montag die gleiche Niederlage. Auch dort nahm eine mächtige Versammlung gegen etwa zehn Stimmen eine die Raumannsche Politik abweisende Resolution an. In Weerane trat Genosse Redacteur Stücken-Altenburg Herrn Raumann entgegen.

Der Reichs-Gesundheitsrat, der auf Grund des Reichs-Gesundheitsgesetzes gebildet wird, hat sich am Mittwochvormittag konstituiert. Graf Posadowsky hielt eine Ansprache, in der er viele schöne Worte machte von der Wichtigkeit der Persönlichkeit. Es ist, sagte er, nach dem Bericht des B. E. W., das sicherste Zeichen für den sittlichen und wirtschaftlichen Fortschritt eines Volkes, wenn sich in demselben die Erkenntnis verleiht nicht nur von der ethischen, sondern auch von der volkswirtschaftlichen Bedeutung jedes einzelnen Mitmenschen für die Gesamtheit und wenn dementsprechend auch die Werthschätzung des Menschenlebens sowohl seitens des Staates wie seitens sämtlicher Volksgenossen in immer höherem Maße wächst.

Es wäre nur zu wünschen, daß diese schönen Grundsätze vom Herrn Staatssekretär auch ausgedehnt würden auf die Werthschätzung jedes einzelnen Mitmenschen als Rechtspersonlichkeit. Das vermissen aber die Arbeiter noch in sehr hohem Maße und danach wird Herr v. Posadowsky uns nicht entgegenreden können, wenn wir seine eigenen Worte als Beweis dafür verwenden, daß wir auf der Stufenleiter des sittlichen Fortschritts noch sehr tief stehen.

Der angekündigte Gesandtschaftsbesuch betreffend Versorgung der Kriegsinvaliden und der Kriegshinterbliebenen ist jetzt nebst Begründung dem Reichstag zugegangen.

China-Beise. In Nr. 21 der Zeitschrift „Das Gasthaus“ findet sich unter der Ueberschrift „Günstige Reklame für Birte“ folgende Anzeige:

„Aus dem Chinakrieg herrührende Waffen sind preiswert zu vermieten, eine Vorderlinde, ein Vorderbüchse, Kriegsgewehr eines Bogers, ein Paar Schuhe eines chinesischen Soldaten, eine chinesische Wasserpfeife, ein deutsches Infanteriegewehr Modell 71/84, welches auf „Jilis“ durch Granatplitter zerlegt worden ist. Für die Echtheit vorsehender Gegenstände wird Garantie geleistet.“

Dem Flottenverein. Freiherr v. Beaulieu-Marcconay ist von seinem Posten als Kanzler des Deutschen Flottenvereins zurückgetreten, weil einige von ihm getroffene Maßnahmen, insbesondere die kassipolizeiliche China-Rachrichten-Expedition, unter den Mitgliedern des Flottenvereins abfällige Beurteilung gefunden haben.

Neues Gewehr. Dem Kriegsministerium liegt, so wird gemeldet, ein neues Gewehr zur Beurteilung vor. Diese Waffe hat die Bezeichnung Rückschlaggewehr und besitzt automatische Ladefähigkeit. Sie hat den Konstrukteur und Fabrikantenminister Louis Schlegelmilch zum Erfinder, der seit Jahren in der Gewehrfabrik zu Spandau angestellt ist und auf dem Gebiet der Handfeuerwaffen „Hervorragendes“ geleistet hat.

Vom kriegenden Gerichtsstand der Presse. Die „Frankf. Zeitung“ berichtet: Der Richter von Brunnh von Königgrätz hatte bei dem Amtsgericht Mainz gegen die „Kleine Presse“ und den in Wiesbaden erscheinenden „Freidenker“ Klage erhoben wegen Verleumdung, bezogen durch den in Nummer 17 der „Kleinen Presse“ vom 20. Januar ds. Js. erschienenen, aus Nr. 2 des „Freidenker“ übernommenen Artikel über den Mordmord in Polen. Die Klage ist vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Sammit in Mainz. Der belagte Redacteur der „Kleinen Presse“ hatte gegen die Zuständigkeit der Mainzer Gerichte Einspruch erhoben. Das Amtsgericht in Mainz hat dem Einspruch durch folgenden Bescheid stattgegeben: „Der Antrag vom 5. Februar 1901 — gerichtet auf Eröffnung des Hauptverfahrens wegen Vergehens gegen §§ 185 ff. St. G. B. — wird kostenfällig abgelehnt, da weder die Angeklagten im Bezirk unterzeichneten Gerichts einen Wohnsitz haben noch die strafbaren Handlungen im diesseitigen Gerichtsbezirk.“

die „Kl. Presse“ erscheint in Frankfurt a. M. und der „Freidenker“, Organ des deutschen Freidenkerbundes, in Wiesbaden — bezogen worden sind. Mainz, am 11. März 1901. Großherzogliches Amtsgericht Mainz. (gez.) Ellert. Inzwischen hat in derselben Angelegenheit auch der Piarer Uzel in Neuenhain (Wöhmen) Klage wegen Verleumdung bei dem Amtsgericht Mainz erhoben. Auch hier wurde von dem Belagten gegen den zugemuteten ambulanten Gerichtsstand Einspruch erhoben.

Daß die beiden ausländischen katholischen Geistlichen gerade in Mainz Klagen, hat wahrscheinlich darin seinen Grund, daß dort Exemplare der genannten Zeitungen verbreitet sind. Es ist nur zu billigen, wenn sich das Mainzgerichte nicht auf den widersinnigen Standpunkt gestellt hat, die Verbreitung genüge, um am selben Orte eine Klage anhängig machen zu können.

Die Elberfelder Stadthalen-Angelegenheit. Die Elberfelder Stadtvorordneten-Versammlung hatte bekanntlich im vorigen Jahre dem socialdemokratischen Volksverein die Benutzung der Stadthalle zu politischen Versammlungszwecken verweigert. Die Folge davon war ein Beschluß der Stadtvorordneten-Versammlung im Juli vorigen Jahres, allen politischen Parteien die Stadthalle für Versammlungszwecke zu versagen. In der Sitzung vom 25. Januar dieses Jahres wurde auf Antrag des socialdemokratischen Vereins beschloffen, den Betrag von 2000 M. mit Zins und Zinseszins zurückzuführen, den dieser Verein seiner Zeit zum Stadthalenfonds beigetragen habe. Das ist inzwischen geschehen. Am 31. Januar reichte Stadtv. Verrenberg folgenden schriftlichen Antrag ein: „Stadtvorordneten-Versammlung wolle beschließen, den Beschluß vom 21. Juni 1900, durch welchen der socialdemokratischen Partei die Benutzung der Stadthalle zu Parteiversammlungen verweigert wird, ebenso den Beschluß vom 17. Juli, durch welchen allen politischen Parteien die Benutzung der Stadthalle für Versammlungen untersagt wird, aufzuheben; die Abhaltung von Versammlungen in der Stadthalle ist allen politischen Parteien gestattet.“ Dieser Antrag wurde seiner Zeit der durch den Antragsteller verstärkten Finanzkommission zur Prüfung überwiesen. Auf Grund einmaliger Beratung empfahl die Kommission der Finanzkommission, den Antrag Verrenberg mit der Maßgabe anzunehmen, daß am Schluß hinter den Worten: „allen politischen Parteien“ eingeschoben wird: „mit Ausnahme der socialdemokratischen Partei.“ Ueber diese Anträge wurde am 19. d. M. verhandelt.

Der Antrag Verrenberg wurde mit 14 gegen 16 Stimmen abgelehnt, dagegen der Antrag der Finanzkommission mit 16 gegen 11 Stimmen angenommen. Danach bleiben also die Socialdemokraten von der Benutzung der Stadthalle ausgeschlossen.

Epidemien im deutschen Heere. Bei dem in Diederhofen (Lothringen) garnisonierenden Magdeburgischen Dragoner-Regiment Nr. 6 ist eine Epidemie ausgebrochen, die Rücksicht auf die Diphtherie zeigt. Augenblicklich befinden sich achtzig Mann in ärztlicher Behandlung, darunter dreißig von der dritten Schwadron, bei der die Krankheit zuerst aufgetreten ist.

Zinsen vom Hohkönigsburg-Kapital. Aus Straßburg im Elsaß wird uns geschrieben: Nachdem die Hohkönigsburg-Kredite nun auch im Reichstag unter Dach und Fach gebracht sind, ist die reichslandische Regierung dazu geschritten, die Bestprechungen einzulösen, die sie nach der Abstimmung des Landesausstufes in dieser Frage bezüglich der Erleichterung des Grenzverkehrs mit Frankreich gegeben hatte. Die damals angekündigte Aufhebung von Ausweisungsvorschriften gegen solche Personen, die seiner Zeit wegen Verletzung der auf die Popplische bezüglichen Bestimmungen des Landes verwiesen worden waren, ist nunmehr erfolgt. Sie erstreckt sich nach einer Mitteilung der amtlichen „Straßburger Korrespondenz“ auf insgesamt 757 Personen, von denen 93 auf das Unterelsaß, 142 auf Oberelsaß und 422 auf Lothringen entfallen.

Sonnenpost.

In der „Pefinger Deutschen Zeitung“, „amtliche Anzeigen der kaiserlich deutschen Behörden in Pefing“, Nr. 2, vom 19. Januar 1901, findet sich folgendes „Gedicht“, das wir den Beschönigern des Kulturwunders in China empfehlen:

Der Fluch des Reichs.

O fluchbeladener Reichsfluch!
Daß ich von dir so reden muß,
Bereitet dir wohl tiefe Pein;
Doch kann dies mal nicht anders sein,
Dein Nam' ist heute in aller Mund,
Drum sei der Welt dein Wesen kund.
Ein Wandermann erkraut sich gern
An deinem Abblat, wenn von fern
Er durstig von der Sonne Blut,
Erblickt die süße Wasserflut.
Doch hart enttäuscht ist er alsdann,
Wenn er ganz nahe tritt heran:
Mit Eis sieht er und Verdruß,
Daß dieses Wasser kein Gemüß!
Dem gelb und schmutzig sieht es aus,
Und was ist das? O Säure, o Grauß!
Ein toter Vogel schwimmt heran,
Den Jost man deutlich sehen kann.
Und weiter geht der Wandermann
Am Fluß, da er nicht rüber kann;
Denn Brücken sind nicht eingeführt
Und die mal waren, demollert.
Von weitem sieht er grane Massen,
Die sich nur schwer beschreiben lassen.
Erdbäulen scheinen es zu sein,
Ein wenig viel, doch alle klein.
Und näher kommend, merkt der Mann,
Dies nur ein Dorf bedeuten kann.
Doch rings herum ist's öd und leer.
Kein menschlich Wesen schauet er,
Nur Geiden wild geword'ner Hunde,
Die geben traurig wahre Kunde,
Daß früher Menschen hier gewohnt,
Die das Geschick mit Recht erlitt.
Und durch die öde Wüstenei
Zieht träge der Reichs vorbei.

So wird er noch stehen manches Jahr
Und wird verflucht sein immerdar;
Wird hören von blutigen Vorkerzeiten,
Wird manchem Schiffer noch Nummer bereiten,
Wird juchzen an seiner verpesteten Flut
Noch manche verruchte Chinesenbrut.
Bis einst die strafende Gotteshand
Sich wendet von diesem verfluchten Land.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Der gesellschaftliche Arbeitsvertrag in Bergbau. Das Subkomitee des socialpolitischen Ausschusses nahm einen Antrag des Abg. Schödlwölfl an, nach dem für alle beim Bergbau unter Tage beschäftigten Arbeiter der Reunntendtag eingeführt, aber binnen drei Jahren die Arbeitsdauer auf acht Stunden verkürzt werden soll. Der Regierungsvertreter hatte sich gegen den Antrag ausgesprochen. Der Referent Schödlwölfl legte das Referat nieder, worauf Schödlwölfl zum Referenten bestimmt wurde.

Vorlesungen suspendiert. Budapest, 20. März. Eine an den Thoren der Universität angehängene Kundgebung besagt, daß die Vorlesungen bis auf weiteres suspendiert sind. 111 Mitglieder des großen Ausschusses der „Christlichen Universitätsjugend“

überreichten heute dem Rektor eine Denkschrift, in welcher sie erklärten, daß sie zu der Anbringung von Kränzen in den Hörsälen von niemand, weder von der Volkspartei, noch von einer anderen politischen oder konfessionellen Gemeinschaft angestiftet worden seien, sondern aus eigenem Antrieb und in vollem Bewußtsein der Folgen ihrer That gebandelt haben. Der Rektor ordnete gegen alle 111 Mitglieder ein Disziplinarverfahren an.

Schweiz.

Vern, 20. März. Der Nationalrat beschloß, auf eine Anregung zur Wiederansnahme der Bestrebungen für internationalen Arbeiterschutz zu verzichten, da der Bundesrat erklärt hat, er werde die erste sich bietende Gelegenheit zur Behandlung der Frage ergreifen; gegenwärtig sei an einen Erfolg nicht zu denken.

Das Scheitern der Friedensverhandlungen.

Trotz der Versicherung des Kolonialministers Chamberlain, daß die Dokumente über die Unterhandlungen zwischen Kitchener und Bocha noch gestern abend im Unterhause vorgelegt werden sollten, sind dieselben bisher nicht eingegangen. Die meisten Blätter über das Scheitern der Friedensverhandlungen sind sehr einseitig. — „Daily Telegraph“, „Morning Post“ und „Standard“, sowie die meisten übrigen chauvinistischen Blätter erklären, die einzige Antwort Englands auf Bochas Ablehnung müsse eine Verstärkung der Reserve sein. „Daily Mail“ drückt die Ansicht aus, man müsse ein für alle Mal derartigen Unterhandlungen ein Ende machen. Die Boeren mißtrauten sich bedingungslos ergeben. „Morning Leader“ sagt, die Nachricht vom Scheitern der Unterhandlungen sei eine der schlechtesten, die seit längerer Zeit nach England gelangt sei, und bedeute, daß der Verlust an Leben, Kränken und Verwundeten fortdauern und daß die Zerstörung des Landes von neuem beginnen werde.

Die Weigerung der Boerenführer scheint in der That darauf hinzudeuten, daß deren Mut und Ausdauer und ihre Hoffnung auf endlichen Sieg noch ungeschwächt sind. Bereits werden auch wieder Nachrichten über

neue Boerenangriffe

bekannt. „Daily Mail“ meldet aus Lourenco Marques: Die Boeren haben drei Eisenbahnzüge in der Nähe der Delagoabai in die Luft gesprengt. Die Boeren machten zwei Offiziere und sieben Engländer zu Gefangenen, ließen dieselben jedoch nach kurzer Zeit wieder frei. Andre Berichte bei Kaprispruit sind gescheitert.

Die Pest.

Zu den Schwierigkeiten im Felde gesellt sich nun noch die unheimliche Pestkrankheit. Diese macht immer mehr Fortschritte. Am Dienstag sind in Kapstadt wieder fünf Personen an der Pest erkrankt, darunter drei Europäer. Ein Fall ereignete sich an Bord des Dampfers „Roslin Castle“.

Reichstag.

(Schluß aus der 1. Beilage.)

Abg. Bebel (Soe.):

Das beweist gar nichts, daß die Kirchenbehörde in Herrn Stöders Verhalten nichts gefunden hat. Das ist eben Gesichtsache. Ich weiß nicht, welche Gründe Sie zur Schonung hatte. Das Verhältnis Stöders zu Hammerstein war viel intimer und ganz anders gestaltet als das Verhältnis von Singer zu Rosenthal. Eine gegenseitige Behauptung ist unrichtig und unwahr. Singer war Rosenthal's Assistent, in freundschaftlicher und gesellschaftlicher Beziehung zu Rosenthal aber hat er nie gestanden. Sie aber haben freundschaftlich und intim mit Herrn v. Hammerstein verkehrt. Wie hängt denn der Scheiterhaufen „Bebel“ an? „Lieber Hammerstein.“ Und wie endet er? Herzliche Grüße an Sie und Ihre Frau Gemahlin Ihr getreuer Stöder.“ (Stürmische Heiterkeit links.) Mir ist es nicht eingefallen, Sie für das Verbrechen Hammersteins verantwortlich zu machen. Was thun aber Sie? Sie wollen Singer für Rosenthal's Kennerung verantwortlich machen. Es ist das unerhörteste, was ich je im Parlament gehört habe, daß Sie Rosenthal's gemeine Kennerung Singer zur Last legen und unsrer Partei vorwerfen, daß wir einen Menschen an der Spitze haben dürfen, der solche Grundsätze duldet. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Ich fange allmählich an zu begreifen, daß Herr Stöder in der nächsten Minute nicht mehr weiß, was er vorher gesagt hat. (Lobhastige Zustimmung links.) Ist es nicht eine bodenlose Gemeinheit, wenn er unsre Partei so schwer beschuldigt?

Präsident Graf Balckrem: Ich wüßte zuerst nicht, was Sie sagen wollten, aber aus Ihren weiteren Worten geht hervor, daß Sie dem Abgeordneten Stöder bodenlose Gemeinheit vorgeworfen haben. Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung.

Abg. Bebel (fortfahrend): Stöder hält uns vor, wir seien keine socialreformatorische Partei. Nun, was Herr Stöder über uns denkt, ist uns vollkommen gleichgültig. (Sehr richtig! links.) Wenn der Abgeordnete Stöder überhaupt noch tiefer in unsrer Achtung sinken konnte, so ist ihm das heute gelungen. (Lobhastiger Beifall bei den Socialdemokraten.)

Präsident Graf Balckrem: Ich rufe Sie wiederum zur Ordnung und mache Sie auf die geschäftsordnungsmäßigen Folgen aufmerksam.

Abg. Bebel (fortfahrend): Dabei hat Herr Stöder selber an hoher Stelle die Auffassung erwidern wollen, als seien wir eine social-reformatorische Partei. In dem Veder-Prozess ist auch festgestellt worden, daß Stöder den Schreiber Grüneberg aufgefördert hat, das erste Hoch auszubringen, damit er dem Kaiser melden könne, ein Socialdemokrat habe dieses Hoch ausgedrückt. (Hört! hört! links.) Das ist ein Manöver, wie es Stöders würdig ist. Nach alledem bin ich der Ueberzeugung, daß Stöder ein Mann ist, der nicht mehr verantwortlich gemacht werden kann für seine Handlungen, weil er an unheilbarer moral insanity leidet. (Lobhastiger Beifall links; große Unruhe rechts.)

Abg. Stöder:

Ich glaube, der Herr Präsident hat das letzte Wort des Herrn Bebel nicht verstanden. Er sprach englisch, er warf mir moral insanity, moralischen Wahnsinn vor. (Lob des Präsidenten.)

Präsi. Graf Balckrem: Allerdings ist das auch ein Wort, das gegen die Ordnung des Hauses verstößt. Ich habe es nicht gehört, aber wenn gegen die Behauptung, daß Herr Bebel es gebraucht hat, nicht protestiert wird, und das ist nicht der Fall, dann rufe ich Herrn Bebel zum drittenmal zur Ordnung. Da er jedoch das Wort nicht mehr hat, kann ich es ihm auch nicht entziehen. (Stürmische Heiterkeit.)

Abg. Stöder (fortfahrend): Verstehe die Logik nicht. Es handelt sich doch darum, daß ein befehlter Socialdemokrat das Kaiserhoch ausgedrückt hat. Ich würde mich so ungebener freuen, wenn auch Sie einmal mit uns ein Kaiserhoch auszubringen wollten. Dann wären Sie uns ja mit einmahl näher gekommen. (Lachen bei den Socialdemokraten.)

Abg. Stadthagen (Soe.) [mit großer Unruhe und Rufen Ob, ob! auf der Rechten empfangen].

Präsident Graf Balckrem: Meine Herren, ich bitte um Ruhe. Es ist sehr schwer für mich, wenn ich nicht alles hören kann, was ich hören muß. (Große Heiterkeit.)

Abg. Stadthagen: Kollege Inthamer und ich waren Zeugen jenes Stöder-Gids und Fugener Zeuge der ganzen Verhandlung. Ich habe eine sehr gute Erinnerung für die damaligen Vorgänge. Ich höre noch, wie er am 25. Januar 1885 in Bezug

auf Ewald erklärte: Ich sehe diesen Herrn heute zum erstenmal und habe nie mit ihm verhandelt. Ob diese Aussage ein wissenschaftlicher Meinungsäußerung oder nicht, darüber enthalte ich mich des Urteils. Ich habe immer bedauert, daß Herr Stöder gegenüber der 56. der Strafprozeß-Ordnung nicht in Anwendung kommt, der die Vereidigung ausschließt, wenn jemand von der Bedeutung des Eides nicht das nötige Bewußtsein hat. (Stürmische Heiterkeit.) In dem Prozeß Beder-Stöder stellte das Gericht ausdrücklich fest, daß es Beder an der Hand der Behauptungen und Widersprüche des Ewalds und des Zurückgehens, des ganzen Hin und Wider des Zeugen Stöder, nicht zu verargen sei, wenn er zu der Auffassung gelangt sei, daß Herr Stöder sich bewußt mit der Wahrheit in Widerspruch setzt. (Hört! hört! links.) Ich erinnere mich auch noch, wie Herr Stöder einmal von der Anzucht der Gegner und von der ungeliebten Annullation in ihrer Rede sprach. An diese sog. Annullation habe ich mich gestern bei seinen Worten lebhaft erinnert. Es ist festgestellt worden, daß Herr Stöder in 2 Verurteilungen 1883 und 1881 im Neuen Gesellschaftshaus und in der Tonhalle mit Ewald gesprochen hat. Solche Thatsachen gehen gewöhnlichen Menschen nicht aus dem Gedächtnis verloren. Zu Gunsten Stöders markierte damals der Kriminalkommissar Schöne mit der Behauptung auf, es gäbe zwei Ewalds, einen, den Herr Stöder kenne, und einen, den er nicht kenne. Aber die Erinnerung dieses Hilfszeugen erwies sich als unrichtig. Entschuldigung erfüllt mich gar nicht gegenüber Herrn Stöder. Ich habe das Gefühl der allergrößten Kälte. Zu seiner Entschuldigung habe ich immer angenommen, und sein Schulmeisterthum bestärkt mich noch darin: Man thut Herrn Stöder sehr weh, wenn man von ihm annimmt, er sei im Stande, die Bedeutung des Eides und der Wahrheit zu erfassen. (Lebhafter Beifall bei den Socialdemokraten.)

Präsident Graf Ballestrem: Wegen dieser Aeußerung rufe ich den Redner zur Ordnung.

Abg. Stöder: Herr Stadthagen thäte besser, darüber nachzudenken, weshalb er nicht mehr Rechtsanwalt ist. Ich habe damals drei, vier Verhandlungen an einem Abend abgehalten, in einem Jahre mehr als tausend. Selbst wenn es wahr ist, daß ich Herrn Ewald die Hand gereicht habe, so braucht doch darum nicht der Verdacht des fälschlichen Eides erhoben zu werden. In Ihrer Verlegenheit wissen Sie nicht, was Sie mir sagen sollen, deshalb verweisen Sie sich auf diese unbegründete Sache. (Stürmische Gelächter links.)

Präsident Graf Ballestrem: Damit schließt diese Diskussion.

Die Resolution Schmidt-Eilertfeld über Verkauf von Brennmaterialien durch Gewicht wird einstimmig angenommen.

Der Etat des Reichsamts des Innern wird bewilligt.

Beim Statistischen Amt kommt

Abg. Dr. Arendt (Rp.) auf die Angelegenheit der Mansfelder Bergwerke zurück und giebt zu, daß zwischen ihnen und Eislebrner Bürger noch zahlreiche Prozesse wegen Entschädigung schweben.

Abg. Thiele (Soz.): Es macht mir ein gewisses Vergnügen, Herrn Dr. Arendt feststellen zu hören, in welchem Irrtum er sich befinden hat, der mit Unrichtigkeiten vorwärts.

Abg. Dr. Arendt (Rp.): Mein Verfahren ist besser als das des Herrn Thiele, der seine schweren und unbeweisbaren Angriffe gegen den Steiger Rothe noch immer nicht zurückzunehmen hat.

Abg. Thiele (Soz.): Vieles ist gesagt, es doch noch, die Wahrheit über den Steiger Rothe festzustellen. In den Eislebrner Tageblätter haben J. Pl. sehr anzügliche Bemerkungen über Rothe in den Annoncen gefunden.

Abg. Dr. Arendt (Rp.) beruft sich auf eine Adresse von 10 000 seiner Wähler, die ihm ihre Entrüstung über die socialdemokratischen Angriffe ausgedrückt hätten.

Abg. Thiele (Soz.): Die Unterschriften sind von den Bergleuten durch die Drohung erzwungen worden: Ihr werdet abgelegt, wenn Ihr nicht unterschreibt. Ich hätte selbst Herrn Arendt nicht zugehört, daß er sich auf diese Adresse berufen würde. Herr Arendt hat als Kampfmittel gegen mich grobe Unwahrheiten benützt.

Präsident Graf Ballestrem: Wegen dieser Aeußerung rufe ich Sie zur Ordnung.

Der Etat des Gesundheitsamts und Reichs-Verwaltungsamts wird nach kurzer Debatte genehmigt.

Es folgt der

Militäretat.

Auf eine Anfrage des Abg. Anwert (Soz.) giebt Generalleutnant v. Diebahu eine allernähliche Darstellung der drei Fälle von Soldatenmishandlung, die Abg. Anwert in zweiter Lesung vorgebracht hat. Bei der im Hause herrschenden Unruhe bleiben die Darlegungen des Redners im Zusammenhang undeutlich. Im Falle Bente sei kein Zusammenhang zwischen den Mishandlungen und der Invalidität festzustellen gewesen und deshalb sei keine Rente gewährt worden. In dem Fall Heine aber sei volle Pension gegeben worden. Dagegen seien die Verdächtigungen des Herrn Anwert widerlegt.

Präsident Graf Ballestrem:

Herr General, ich mache Sie darauf aufmerksam, daß der Ausdruck Verdächtigung gegenüber einem Abgeordneten seitens eines Mitglieds des Bundesrats nicht üblich ist. (Beifugung.)

Abg. Anwert (Soz.)

hält dem Generalleutnant v. Diebahu gegenüber seine Beschwerde aufrecht. Er habe Einzelfälle vorgebracht, auf die der Vertreter des Kriegsministeriums nicht eingegangen sei. Der Generalleutnant habe gesagt, alle Mishandlungsfälle würden mit voller Strenge geahndet. In dem einen von ihm angeführten Mishandlungsfalle sei das nicht gechehen. Der Unteroffizier, der einen Soldaten durch schwere Mishandlungen in den Tod getrieben hat, habe nur ein Jahr Gefängnis erhalten, während das Kriegsgericht die Möglichkeit gehabt hätte, bis zu fünf Jahren Zuchthaus zu erkennen. In der Militärjustiz scheint mit zweierlei Maß gemessen zu werden. Prozesse, bei denen Offiziere beteiligt sind, kommen nicht von der Stelle, so der Prozeß gegen den Hauptmann Pfeffer. Bei Prozessen gegen Mannschaften ist die Justiz sehr rasch.

Generalleutnant v. Diebahu

bleibt dabei, daß Mishandlungsfälle, wenn sie zur Kenntnis der Behörden gelangen, streng verfolgt werden und macht noch über die Höhe der Strafe in einzelnen vom Redner angeführten Fällen Mitteilung. Zu geringe Sätze könne man diesen Urteilen nicht nachsagen.

Abg. Thiele (Soz.)

teilt mit, daß ihm erzählt worden ist, daß Unteroffiziere den Soldaten Wästen und Strümpfen für einen unerhöht hohen Preis verkaufen. Er führt Beispiele darüber, daß nicht gekaufte Soldaten von den Militärgeistlichen zur Taufe angehalten werden. Drittens bemängelt der Redner, daß die Soldaten für die Listen der vorbestimmten Lokale einen Pfennig bezahlen müssen. In Halle ist es vorgekommen, daß ein Sohn das Lokal seines Vaters auf der Postliste gefunden hat. (Heiterkeit.) Man sollte doch den Soldaten die Liste wenigstens gratis verabfolgen.

Kriegsminister v. Goltzer:

Wenn der von Abg. Thiele angeführte erste Fall wahr ist, würde darin eine Ungerechtigkeit liegen. Was den zweiten Punkt anlangt, so entspricht es dem Charakter der deutschen Armee, daß die Geistlichen auf die Taufe der Soldaten einwirken. (Sehr richtig! rechts.) In der Frage der Postliste wird richtig verfahren. Wenn ein Sohn das Lokal seines Vaters postnotiert gefunden hat, so hat offensichtlich der militärische Befehl die Einwirkung auf den Vater gehabt, daß dieser sich von der socialdemokratischen Partei losgesagt hat. (Heiterkeit.)

Abg. Thiele (Soz.):

In der Postlistefrage hat sich der Militarismus als vollständig ohnmächtig erwiesen. Die Arbeiterchaft hat über den Militarismus gesiegt, denn ihr werden die Lokale nach wie vor zur Verfügung

gestellt. Dem Kriegsminister möchte ich auf seine wichtig seiende Bemerkung hinweisen, daß es nichts schaden kann, wenn auch beim Militär das Verhältnis zwischen Vater und Sohn geehrt wird. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Damit schließt die allgemeine Diskussion.

Beim Kapitel „Technische Institute der Artillerie“ polemisiert

Abg. Jubelil (Soz.)

gegen die Angaben des Generalmajors v. Einem, die dieser über die Löhnterhältnisse in den Spandauer Werksstätten bei der zweiten Etatslesung gemacht hat. Er weist darauf hin, daß der Lohn von 4 M. erst sehr spät und nur von einem geringen Teil der Arbeiter erreicht wird, im allgemeinen aber die Löhne sehr niedrig sind. Redner fährt auch sonst noch Mißstände an, unter denen die Arbeiter der Spandauer Werksstätten zu leiden haben. Er hält seine in der zweiten Lesung gemachten Mitteilungen vollständig aufrecht. Schließlich bittet er den Kriegsminister noch einmal, im nächsten Jahre eine Statistik über die Löhnterhältnisse vorzulegen.

Kriegsminister v. Goltzer:

Der Herr Vordredner ist nicht der berufene Vertreter der Spandauer Werksstättenarbeiter. Ich verkehre mit den Arbeitern selbst, habe neulich eine Deputation derselben empfangen und mich lange mit ihnen unterhalten. Ich habe in den Zeiten sehr tüchtige und intelligente Vertreter ihres Stands gefunden und ich kann nur sagen, ihre Anschauungen sind himmelweit entfernt von denen des Herrn Jubelil. Nicht infolge der Reden des Abg. Jubelil, sondern infolge der Unterredung mit den Arbeitern sind einzelne Mißstände abgestellt worden. Ich komme mit den Arbeitern selbst weiter, als mit den unkontrollierbaren Angaben des Herrn Jubelil, die dieser nur aus sehr trüben Quellen geschöpft haben kann.

Generalmajor v. Einem

hält alle Angaben aus der zweiten Lesung aufrecht. Er bestreitet insbesondere die Behauptung Jubelils, daß irgend ein Arbeiter durch die neue Lohnordnung schlechter gestellt sei. Die Angaben, die er gemacht habe, seien amtlich, sie seien richtig. Herr Jubelil habe sicher ein gutes Herz, er solle aber nicht alles glauben, was man ihm über Mißstände erzähle.

Abg. Jubelil (Soz.)

erwidert dem Kriegsminister, daß ihn die Arbeiter selbst zu ihrem Vertreter gewählt hätten, wer also der berufene Vertreter der Arbeiter sei, er oder der Kriegsminister, nicht schwer zu entscheiden sei. Im übrigen hält er die Behauptung aufrecht, daß die alten Fabrikarbeiter in einen andren Betrieb verlegt werden, sie der in diesem Betriebe wohlverordneten Rechte verlustig gehen. Dagegen sträuben sich die alten Fabrikarbeiter.

Damit schließt diese Diskussion.

Der Militäretat wird bewilligt.

Beim

Marine-Etat

kommt

Abg. v. Kardorff (Reichsp.)

auf die „angeblich zu hohen Bezüge“ zurück, die die Panzerplattenfabriken Stumm und Krupp verdienen. Im Bericht der Budgetkommission ist von „unerhörter Preissteigerung“ die Rede. In der Presse befindet sich die irrationale Behauptung, daß die beiden Werke zu einem erheblich niedrigeren Preise, nämlich zu 1800 M. pro Tonne Panzerplatten nach Amerika geliefert hätten. Niemals ist eine Panzerplatte aus diesen Werken nach Amerika gegangen, niemals den Vereinigten Staaten auch nur eine Offerte über Panzerplatten gemacht worden. Herr Müller-Rulda hat behauptet, daß durch das Flottengesetz 150 000 Tons Panzerplatten in Aussicht stünden. Die Werke rechnen aber nur 80 000 Tons heraus. Ich nehme an, daß Herr Müller die Auslandskreuzer, die noch nicht im Flottengesetz bewilligt waren, herangezogen hat bei seiner Berechnung. Das eröffnet ja eine angenehme Aussicht auf den Bewilligungseifer des Centrums. Die Herren haben endlich ferner gebeten, darauf aufmerksam zu machen, daß der erheblich niedrigere Preis, den Amerika bezahlt, nämlich 1800 M., sehr neuen Datums ist, nämlich vom 1. November v. J. Die Bestellung geht aber auch gleich auf 37 000 Tons, die in 5 Jahren zu liefern sind. Bei uns sind die Bestellungen außerordentlich unregelmäßig. In einem Jahre hatten die Stummischen Werke 34 000 Tons zu liefern, in einem andren 214. England und Frankreich zahlen erheblich höhere Preise für die Platten als wir. Es kommt nicht darauf an, wer die billigsten, sondern wer die besten Panzerplatten liefert. Deutschland steht an der Spitze der Panzerplattenherstellung. Wir werden nicht dieselbe Qualität erhalten, wenn wir aus dem Auslande beziehen. Wünschenwert wäre es ja, wenn mehr Werke für die Herstellung von Panzerplatten vorhanden wären. Aber vor Jahren überredeten sehr potente schlesische Eisenhütten sogar von diesem Plan zurück, weil eben keine Sicherheit für gleichmäßige Bestellungen vorhanden ist. Dazu kommt, daß beständig die Kruppischen Techniker neue Erfindungen machen. Wie sollen da Staatswerke errichtet werden können? Wie wollen Sie die Techniker bezahlen? Wenn sie tüchtig sein sollen, doch so wie Krupp und Stumm. Aber dann können Sie sie wieder nicht in unte Reamtenkategorien einrangieren. Ich bin ferner von den beiden Werken autorisiert, zu erklären, daß sie eine weitere Preisreduktion bewilligen können unter der Voraussetzung größerer Abnahme. (Gelächter links.) Wo wollen Sie auch die geschulte Arbeiterchaft Krupps hernehmen. Zur Verunglimpfung dieser Werke lag kein Grund vor, man sollte sich auf sie stützen. Von ihrem hohen Gewinn ist wohl die Rede, aber nicht von dem großen Risiko.

Abg. Müller-Rulda (C.):

Durch die Ausführungen des Herrn Vordredners ist nicht von dem, was ich über Kommissionsverhandlung seiner Zeit mitgeteilt habe, widerlegt worden. (Sehr richtig! im Centrum und links.) Der Herr Staatssekretär hatte in der Kommission durch einen Kapitän ein Attestat vorlesen lassen, das in englischer Sprache abgefaßt war, und wodurch bestätigt wurde, daß wir die Panzerplatten um 400 M. teurer kaufen als die amerikanischen Marineverwaltung von den amerikanischen Werken. Wenn wir ebenso billig die Panzerplatten bekommen wie das Ausland, dann könnten wir für die Differenz eine ganze schöne Menge von Auslandschiffen bauen. (Heiterkeit.) Meine Rechnung halte ich aufrecht. Es kommt nur darauf an, wie viel Jahre man in Betracht zieht. Wir haben in der Kommission mit 20 Jahren gerechnet, und das würde bei einem durchschnittlichen Jahresbedarf von 7000 Tonnen 140 000 Tonnen ergeben. Wir haben den Bedarf sicherlich nicht überschätzt. Herr v. Tirpitz dürfte kaum bereit sein, zu erklären, daß in den nächsten 20 Jahren nur 80 000 Tonnen gebraucht werden. (Sehr gut! und Heiterkeit.) Wir wollen nur dieselben Bedingungen wie das Ausland haben. Die Resolution der Budgetkommission war also durchaus berechtigt. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Singer (Soz.):

Ich hätte nicht das Wort genommen, wenn Herr Müller nicht einen recht wichtigen Teil der Ausführungen Kardorffs übersehen hätte, und zwar den Teil, wo Herr v. Kardorff als eine Art Generalagent der Dillinger Hütte ihre Verwilligung erklärt hat, billiger zu liefern, wenn sie größere Aufträge erhält. (Sehr wahr! links.) Ich glaube, es ist das erste Mal in deutschen Reichstag, daß ein Mitglied dieser Versammlung dem Reiche in diesem Maße eine Offerte macht und es auffordert, seine Aufträge zu erteilen. (Sehr gut! links.) Ich wollte das feststellen mit dem Wunsch, daß dieses Beispiel keine Nachfolge findet. Wir sind zwar gewohnt, wenn es sich um die wirtschaftlichen Interessen in Zollfragen handelt, in der Vorhalle Interessenten heranzumuneln zu sehen, die den einzelnen Abgeordneten stellen und versuchen, ihn für ihre Interessen zu bewegen. (Sehr gut! links.) Wir sind aber nicht gewohnt, daß ein Abgeordneter öffentlich Propaganda macht für die Interessen eines einzelnen Werks. Ich möchte verhindern, daß die Interessenten sich der Vermittlung eines Abgeordneten bedienen, um ihre Worte an den Mann zu bringen. (Bravo! links.)

Abg. v. Kardorff (Rp.):

Ich muß es mir durchaus verbitten, als Generalagent hier bezeichnet zu werden. Ich habe nur gesprochen, weil das Andenken meines verstorbenen Freundes Stumm in unerhörter Weise angegriffen worden ist. Ich glaube den Interessen des Landes keinen schlechten Dienst erwiesen zu haben, wenn ich auf den hohen Rang hinwies, den diese Werke einnehmen. Ich brauche keine Vorschriften von Herrn Singer darüber, was ich hier vorzubringen habe und was nicht.

Abg. Singer (Soz.):

Ich habe Herrn v. Kardorff keine Vorhaltungen darüber gemacht, daß er einen angeblichen Angriff gegen Herrn Stumm zurückgewiesen hat, auch nicht darüber, daß er die Vorgänge des deutschen Fabrikats gelobt hat. Mir war es nur aufgefallen, daß ein Mitglied dieses Hauses sich dazu hergiebt, im Auftrage von Industriellen hier eine Offerte einzurufen. (Sehr gut! links.)

Herr v. Kardorff hat erklärt, er sei ausdrücklich für diese Offerte autorisiert. Leute, die solche Offerten machen, nennt man Agenten. Seine Erwiderung wird den Eindruck nicht verwischen, den sein Auftreten hier hervorgerufen mußte. Es hätte bloß noch gefehlt, Herr v. Kardorff hätte gesagt: Ich bekomme 4 Prozent. (Heiterkeit bei den Socialdemokraten.)

Präsident Graf Ballestrem:

Diese Aeußerung war sehr ungebührlich und gegen die Ordnung des Hauses. Ich rufe den Abg. Singer deshalb zur Ordnung. (Bravo! rechts.)

Abg. Schwarz-Lübeck (Soz.)

kommt auf den Untergang der Gneisenau zurück und fragt, ob in der deutschen Marine nicht wie in der englischen und amerikanischen die Vorschriften bestünde, daß Schiffe in ungeschützten Häfen unter Dampf gehalten werden müssen. Redner bemängelt auch die Langsamkeit der amtlichen Depeschen bei dem Unfall.

Staatssekretär v. Tirpitz:

Ganz bestimmte Vorschriften für ganz bestimmte Fälle können über das Dampfhalten nicht gegeben werden. Der Kommandant trägt die Verantwortung dafür. Welche Ressel sein geheizt gewesen, aber hätten nicht genügend Dampf gehabt, um das Schiff ins Freie zu bringen. Die amtlichen Depeschen seien deshalb spät gekommen, weil der Kommando-Apparat erheblich gestört war. Der Kapitän wie der erste Offizier seien tot gewesen. Der zweite Offizier ist bis zum Abend völlig erschöpft gewesen und habe noch für die Verwundeten sorgen müssen. Das sei noch wichtiger gewesen, wie der Bericht nach der Heimat. Sowie dieser angelangt sei, habe ihn das Marine-Amt veröffentlicht lassen.

Der Marine-Etat wird hierauf genehmigt. Die weitere Etatsberatung wird hierauf auf Donnerstag 11 Uhr vertagt.

Schluß 7 Uhr.

Partei-Nachrichten.

Totenliste der Partei. In Dresden starb abermals ein waderer Streiter im politischen und gewerkschaftlichen Kampf, der Ehrenmeyer Franz Faust. Er starb im besten Mannesalter an der Brustkrankheit, der Lungenschwindsucht.

Die Parteigenossen von Sachsen-Weimar halten ihre Landesversammlung am 8. April in Weimar ab.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Wegen Verleumdung der Polizei wurde Genosse Dittmann, Redacteur der „Norddeutschen Volksstimme“ in Bremerhaven, durch das Landgericht Werden zu 150 M. Geldstrafe verurteilt. Es handelte sich um einen Artikel wegen Eskortierung von Arbeitswilligen bei Seebedeckten Werft.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Aussperrung der Arbeiter in den Berliner Schuhwaren-Fabriken.

Jedenfalls von seiten der Herren Fabrikanten inspiriert, erschien in bürgerlichen Zeitungen ein Artikel, welcher die gesamte Bewegung der Arbeiter in tendenziöser Weise zu entstellen bemüht ist. Wir können es ja den Herren nachfühlen, daß sie alle Veranlassung haben, die Grundlage des schweren Konflikts zu verschieben, denn sicherlich legen sie sich durch die unmotivierte Herausbeschöpfung desselben wenig Ehre ein.

Es wird zunächst behauptet, daß die Aussperrung der gesamten Arbeiter deshalb erfolgt sei, weil die Ausländigen Arbeitswillige von ihrem Eintreten in die leerstehenden Fabriken durch Drohungen und Verleumdungen abgehalten haben. Abgesehen davon, daß derartige Behauptungen jeder Begründung entbehren, denn gerade die gegenwärtige Bewegung zeichnet sich durch ihren ruhigen Verlauf aus, steht es noch den Befundungen selbst der Fabrikanten fest, daß die Aussperrung nur allein wegen der in acht Fabriken aufgestellten Lohnsätze erfolgt ist, und zwar auf Anordnung des Fabrikanten-Verbands. Dieses mag den Fabrikanten um deswillen unangenehm sein, weil von ihnen früher stets behauptet wurde, Lohnforderungen der Arbeiter würden nie die Ursache zu einer Aussperrung bilden.

Geradezu komisch wirkt es, wenn behauptet wird, daß die Verbandsfabriken teilweise in Betrieb seien und daß die übrigen 800 Arbeiter sich baldigt von dem „Terrorismus der socialdemokratischen Organisation befreien“ und in die Betriebe zurückkehren werden.

Niemals ist die gesamte Arbeiterchaft einiger gewesen, wie jetzt. Die rigorose Handlungsweise des Fabrikantenverbands hat sowohl Organisierte wie auch Nichtorganisierte in gemeinsamer Abwehr fest zusammengeschmiebelt und die Fabrikanten haben dadurch das genaue Gegenteil dessen bewirkt, was sie beabsichtigten. Mit wenigen Ausnahmen, die durchaus nicht in Betracht kommen, stehen sämtliche Fabriken still, der Kern der leistungsfähigen Arbeiter befindet sich auf der Straße, und durch diesen Umstand ist zu hoffen, daß der schwere Konflikt bald eine befriedigende Lösung finden wird. Voraussichtlich sehen die Aussperrten frohen Muts der weiteren Entwicklung entgegen.

Vor einigen Wochen schrieb der „Schuhmarkt“, das Organ der Fabrikanten, daß das Bestreben der Arbeiter, ihre Lage durch eine Lohnbewegung zu verbessern, ja an und für sich gerechtfertigt sei, später sprach man davon, daß die Forderungen zu minimalen seien, daß sich ein Ausstand darum nicht lohne. Jetzt versucht man den alten Trick, einzelne Löhne heranzugreifen, um dadurch den Gläubigen zu erweisen, als seien die Lohnverhältnisse äußerst günstig. So sollen die Stutzer 27 M. wöchentlich erhalten, aber diejenigen, die diesen Lohn wirklich erhalten, sind an den Fingern abzuzählen; dagegen hat man wohlweislich vergessen zu sagen, wieviel Stutzer für 18 bis 22 Mark arbeiten müssen. Es übersteigt wirklich alle Grenzen, wenn man den nackten Thatsachen derartig ins Gesicht schlägt, daß man behauptet: „es arbeitet in den Schuhfabriken überhaupt kein erwachsener Arbeiter unter 24 Mark Wochenlohn“.

Es bleibt nun einmal die Thatsache bestehen, daß die minimalen Lohnforderungen, welche die Arbeiter von acht Fabriken stellten, den Grund dazu bieten mußten, um die gesamten Arbeiter der Verbandsfabriken durch Unterschrift eines Reverses zu zwingen, sich ihres Koalitionsrecht zu entäußern. Man ziehe diesen schimpflichen Revers zurück, gebe es den Fabrikanten, bei welchen sich die Arbeiter im Ausstand wegen der Lohnforderungen befinden, frei, mit ihren Arbeitern zu verhandeln, und der Konflikt wird sofort verschwinden.

Reichstag.

72. Sitzung vom Mittwoch, den 20. März 1901, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsitz: Graf Posadowsky, v. Söfler, Rieberding.

Die dritte Staatsberatung wird beim Etat des Reichsamt des Innern fortgesetzt.

Abg. Gerold (C.) wünscht eine Statistik über die Getreidepreise und die Verschiffungsmengen.

Staatssekretär Graf Posadowsky

sagt eingehende Prüfung der dankenswerten Anregung zu. — Ich muß noch auf eine frühere Behauptung des Herrn Abg. Nebel zurückkommen. Er hat dem Architekten Professor Hoffader, der dem Reichskommissar auf der Pariser Weltausstellung beigegeben war, den Vorwurf gemacht, daß derselbe nebenbei Privatarbeiten für Aussteller übernommen habe. Die Thatsache ist richtig. Herr Hoffader ist Privatarchitekt. Durch den Auftrag des Reichs wurde er für 4 Jahre lang seiner Privatpraxis entzogen. Hätte er jede Beziehung mit dem Publikum abgebrochen, so hätte er eine Vermögensschädigung erlitten, die ihm durch einen Reichsfonds nicht zu erlegen gewesen wäre. Auch müßte uns daran liegen, unserer Ausstellung ein möglichst einheitliches Bild zu geben und die private Thätigkeit des Herrn Hoffader hat unter Ausstellung nicht geschadet, sondern erheblich genützt. — Die Behauptung, daß diejenigen Aussteller, die Herrn Hoffader Privataufträge gegeben hätten, bessere Plätze erhalten hätten, als die anderen, ist unrichtig, und dieser denkbar schwerste Vorwurf fällt in sich zusammen. Herr Hoffader hat die Aufträge erst erhalten, nachdem die Verteilung der Plätze bereits erfolgt war, und diese Verteilung ist nicht von Herrn Hoffader, sondern vom Reichskommissar vollzogen worden.

Abg. Camp (Sp.) schließt sich der Anregung des Abgeordneten Gerold an.

Abg. Nebel (Soc.):

Was die Angelegenheit des Herrn Architekten Hoffader anlangt, so bin ich der Meinung, daß, wenn das Reich einen solchen Herrn engagiert, um die ganze Sache zu leiten, die Honorierung allerdings eine so auskömmliche sein muß, daß der Betreffende nicht gezwungen ist, gleichzeitig Privatarbeiten zu übernehmen. — Ich komme nunmehr zu Herrn Stöder. Seine vehementen Angriffe vom gestrigen Tage nötigten mich selbstverständlich, das Wort zur Abwehr zu ergreifen. Er hat es gestern wieder so gemacht, wie gewöhnlich. Er erscheint nach wochenlanger Abwesenheit, wie eine Art Meteor, hat sich in der Zwischenzeit sein Anklagematerial gesammelt, giebt daselbe zum Besten und geht, wo er unbedingt auf eine Antwort von unserer Seite rechnen mußte, ist er wieder nicht zu Stelle. — Zunächst hat Herr Stöder in Bezug auf den Luderbrief erklärt, daß er Schwindel sei, nicht von meiner Seite, sondern von jener Seite aus, die mir berichtet hatte. Nun ist es ja richtig: Ich habe die Uebersetzung erlangt, daß der Luderbrief nicht existiert, und daß ich, wie man zu sagen pflegt mit dem Luderbrief heringefallen bin. (Hört! hört! rechts.) Das gebe ich ja zu. (Auf rechts: Endlich!) Als Herr Brandt vor einiger Zeit hier die Erklärung abgab, seine Mitteilung, daß Luder damals gestorben sei, sei unrichtig, es sei ein Brief von 1896 im Archiv des Reichsamt von ihm vorhanden, habe ich sofort an das zuständige Amt geschrieben und von dort in liebenswürdigster Weise die Auskunft erhalten, daß der Brief in der That existiere. Doch ich nicht leichtfertig verfahren bin, dafür kann ich Ihnen Herrn Abgeordneten Schmidt-Eberfeld als Zeugen anführen. Es war mir selbst ganz aus dem Gedächtnis gekommen, daß damals bei Gelegenheit der Peters-Affäre mir mein Gewährsmann die betreffenden Mitteilungen in Gegenwart des Herrn Schmidt-Eberfeld machte. Er wird bezeugen, daß mein Gewährsmann ein hochangesehener Mann ist, dem ich volles Vertrauen zu schenken alle Ursache hatte. Jeder Mann in diesem Hause hätte an der Richtigkeit der Angaben dieses Herrn nicht gezwweifelt. Andererseits ist es doch bekannt, daß es keinen Menschen im Reichstage giebt, dem so oft Unrichtigkeiten nachgewiesen sind, als Herrn Stöder (Unruhe rechts), ohne daß er sich auf Gewährsmänner berufen hätte, und wenn er sich darauf berufen hat, so ist er häufig genug heringefallen. Im Jahre 1881 stellte er Behauptungen auf über Wahlbeeinträchtigungen, die seitens der Berliner Kommunalbehörden verübt worden seien. Damals erklärte der Abgeordnete Ludwig Löwe, Herr Stöder hat mit seiner bekannten Wahrheitsliebe (Unruhe rechts) behauptet, daß ich oder die hiesige Kommunalverwaltung eine unerhörte Wahlbeeinträchtigung ausgeübt habe gelegentlich meiner Wahl. Es befindet sich seit gestern der Bericht der Wahlpflicht-Kommission in den Händen auch des Abgeordneten Stöder, in dem diese Behauptung für eine Unwahrheit erklärt wird. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Noch eine Reihe von weiteren Vorgängen beleuchtet die Wahrheitsliebe des Herrn Hofpredigers a. D. . . .

Präsident Graf Vassestem: Ich bitte Sie, den Abgeordneten nicht mit dem Titel zu bezeichnen, den er außerhalb des Hauses führt.

Abg. Nebel (fortfahrend): In dem Prozeß Stöder-Bebel (Mise rechts: Die alte Geschichte!), einem Selektionsprozeß, hat ein Experiendient als Zeuge unter seinem Eide ausgesagt, daß es ihn auf das höchste empört habe, wie Herr Stöder in einem Fall, statt zuzugehen, daß er sich getäuscht habe, die Bedeutung seiner Worte nach seinem Gehör umzumodeln suche. So urteilt ein Amtsbruder über die Wahrheitsliebe des Herrn Stöder. (Hört, hört! bei den Socialdemokraten.) In einem weiteren Fall hat Herr Stöder besitzten, eine antimilitärische Petition unterzeichnet zu haben, während ihm nachgewiesen wurde, daß er einzelne Exemplare dieser Petition thatsächlich unterschrieben habe. Im Abgeordnetenhause hat der Abg. Parisius darüber bemerkt: Herr Stöder wird nicht als wahrheitsliebender Mann aus dieser Diskussion hervorgehen. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten. Redner blättert in seinen Notizen. Mise rechts: Er hat den Text verloren.)

Präsident Graf Vassestem: Ich bitte, die Zwischenrufe zu unterlassen. Ich habe gestern darum jene Seite erucht, heute eruche ich darum diese Seite. Das hält nur die Verhandlungen auf, denen es doch sehr not thut, daß sie beschleunigt werden.

Abg. Nebel (fortfahrend): Ein Amtsbruder des Herrn Stöder hat ihn als Mann mit der Doppelzunge, für den Ja und Nein daselbe sei und der stets eine Rechtfertigung zur Hand habe, bezeichnet.

Ich komme nun zur Affaire Ewald. Der Vorgang liegt soweit zurück, daß ich mir das Material näher ansehen habe. Die ganzen Ausführungen, die gestern Herr Stöder in Bezug auf den Fall gemacht hat, sind vollständig unrichtig. Der Fall hat sich keineswegs so harmlos abgeheilt, wie Herr Stöder es gestern beliebt darzustellen, sondern er nahm vor Gericht einen Verlauf, der für Herrn Stöder's Wahrheitsliebe im höchsten Grade kompromittierend war. Am 24. Januar 1895 hat Herr Stöder gegenüber dem Zeugen Verding ausgesagt: Ich sehe Herrn Ewald heute zum erstenmale. Das ist durch Protokoll festgesetzt. Der Vorfall aber, der beweist, daß Herr Stöder den Ewald doch gekannt hat, hat sich folgendermaßen zugetragen. Es war Veranlassung eintreten worden von einem Parteigenossen von mir, zu welcher die Herren Eugen Richter und Stöder geladen waren. Herr Stöder erschien, und als er auf das Podium trat, ging er sofort auf Ewald zu und hat ihn laut und deutlich auf Ehre und Gewissen gefragt, ob ein Vorwurf berechtigt oder unberechtigt war. Ferner hat in der Tonhalle in einer Ver-

sammlung der christlich-socialen Partei Ewald unter Nennung seines Namens das Wort ergriffen und hat sich persönlich mit der Bitte um Schutz an Herrn Stöder gewandt. Derselbe wurde ihm auch zugestanden; als er sich aber offen als Socialdemokrat bekannte, wurde er polizeilich fixiert. Es ist dies in der schwersten Zeit des Socialistengesetzes gewesen. Daraus geht hervor, daß Stöder zweimal mit Ewald zusammengekommen war unter Umständen, daß jedermann annehmen mußte, der Vorgang sei ihm im Gedächtnis geblieben. Durch die Aussage von Tuzaner wurde diese Aussage bestätigt. Ewald sollte selbst citiert werden, das lehnte aber das Gericht ab, mit der Begründung, daß durch die bisherigen eidlichen Zeugenaussagen der Beweis erbracht sei, daß der Zeuge Stöder zweimal mit Ewald in persönliche Berührung getreten ist. Daher konnte ein Zeuge erklären, daß Herr Stöder des Meineids dringlich verdächtig sei. Der Staatsanwalt sagte in seinem Plaidoyer: Die Aussage des Herrn Stöder ist zweifellos falsch; es giebt aber solche Eide, welche nicht strafbar sind, und dazu gehört dieser. Der Staatsanwalt giebt also zu, daß Stöder eine falsche Angabe gemacht und sie beschworen hat, und nach § 59 wird, wer fahrlässig ein falsches Zeugnis mit einem Eid bekräftigt, mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Wie hat schließlich der Gerichtshof geurteilt? Er gab zu, daß man auf Grund der Aussage des Herrn Stöder die Auffassung haben mußte, daß der Zeuge sich bewußt mit der Wahrheit in Konflikt gesetzt habe. Sein ganzes Auftreten konnte nur als unvorsichtig und zum mindesten sehr leichtfertig bezeichnet werden. Wenn einem Socialdemokraten daselbe nachgewiesen wäre, was damals Herrn Stöder nachgewiesen wurde, so wäre er unrettbar wegen Meineids angeklagt und verurteilt worden. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Herr Stöder ist damals vor dem Nachhause nur bewahrt worden, weil er ein Hofprediger war.

Wie es mit den Vertrauensleuten des Herrn Stöder aussieht, geht daraus hervor, daß unter anderem in jenem Prozeß beschuldigt wurde, daß er einen Schreiber Wahlenberg beschuldigte, der wegen Unterschlagung und wesentlich falscher Anschuldigung bestraft war, und als Redacteur des christlich-socialen Wochenblatts einen Mann angestellt hatte, der wegen Unterschlagung von Mündelgeldern bestraft war. Die Vergehen dieser beiden Leute kannte Herr Stöder, und er trug kein Bedenken, sie anzustellen, obgleich er kurz vorher in einer Volksversammlung erklärt hatte, in der Presse dürften wir moralisch intakte Menschen angestellt werden. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Dies Verhalten des Herrn Stöder beweist zur Genüge, daß wenn jemand, so er keine Veranlassung hat, mit Steinen aus dem Glashause zu werfen. Was nun den Scheiterhaufenbrief anlangt, so hat der „Vorwärts“ den Brief veröffentlicht, weil ein bedeutendes politisches und öffentliches Interesse vorlag. Ist dies der Fall, so haben wir die Pflicht dazu. Genau so würden Sie (nach rechts) handeln, wenn Sie derartige Briefe von uns in die Hände bekämen. Gestern hat Herr Stöder den Scheiterhaufenbrief als möglichst harmlos hingestellt und sich auf einen Bruder des Herrn v. Thielmann berufen, der diesen Brief als patriotische That bezeugt hatte. Damals war man in den Kreisen der konservativen Partei über jenen Brief doch ganz anderer Meinung, und die Veröffentlichung des Scheiterhaufenbriefs hat wesentlich dazu beigetragen, daß kurze Zeit darauf Herr Stöder in der konservativen Partei unmöglich wurde. Der Brief war an den damaligen Freund des Herrn Stöder, Freiherrn v. Hammerstein gerichtet. Es handelte sich, kurz gesagt, um Einfädelung einer Intrigue, um Bismarck bei Kaiser Wilhelm in Mißkredit zu bringen und ihn zu stürzen. Zum Beweis dafür möchte ich nur wenige Zeilen verlesen: „Die Judenfrage, die Hornat-Angelangeheit und die Reichstagswahl im 8. Wahlkreis muß man, ohne Bismarck zu nennen, in allerhöchster Weise benutzen, um dem Kaiser den Eindruck zu machen, daß er in diesen Angelegenheiten nicht gut beraten ist und muß ihm den Schlüssel zum Bismarck überlassen.“ (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Eine perfidere und niederträchtigere Art der Intrigue als diese ist kaum denkbar.

Vizepräsident Büsing: Herr Abgeordneter, die letzte Kreuzerung gegenüber einem andern Abgeordneten entsprach nicht der Ordnung des Hauses. Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung!

Abg. Nebel (fortfahrend): Wenn Herr Stöder diesem Briefe gegenüber die Stirn hat, behaupten zu wollen, er bedeute eine patriotische That, dann ist dies das Stärkste, was er je geleistet hat. Herr Stöder ist dann weiter auf unsere Stellung zu dem löcherigen Erlaß vom 4. Februar 1890 eingegangen. Er hat unser Verfahren im höchsten Grade unpatriotisch, arbeiterschädigend usw. genannt. Wir haben an den Februar-Erlaß das auszusagen, daß sie bis heute ein Stück Papier geblieben sind. Alle schönen und glänzenden Versprechungen, die in ihnen enthalten waren, sind nicht verwirklicht worden. Insbesondere sind die Staatsbetriebe heute alles weniger als Musteranstalten. Von der Umsturzbörse, vom Nachhausegesetz wird kein Mensch behaupten wollen, daß sie mit jenen Versprechungen in den Februar-Erlaß in Einklang zu bringen wäre. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Herr Stöder hat dann die Schale seines Jorns ausgegossen über den „Vorwärts“ vom 18. Januar. Diese Artikel hatten den Zweck, den Dithramben der bürgerlichen Presse entgegenzutreten und gegenüber diesem Byzantinismus die Thatsachen darzustellen, wie sie wirklich vor der Geschichte dahesten. Herr Stöder hat bestritten, daß insbesondere der erste große Artikel derartige historische Thatsachen enthalte. Dieser Artikel ist von einem Mann geschrieben, der intimer und genauere Kenntnis der preussischen Geschichte besitzt, wie die gesamten Herren da drüben, und der seine Kenntnisse durch Quellenstudium geschöpft hat. Wenn auf Grund dieser Quellenstudien das Licht, das auf den ersten preussischen König fiel, so ungünstig war, so mag das ja das patriotische Gefühl des Herrn Stöder in höchstem Grade erregen, kann uns dadurch aber nicht abhalten, von der historischen Wahrheit abzugehen. Herr Stöder hat sich insbesondere entrüstet über einen Abschnitt, der die Berliner Akademie als ein Herrbild der Pariser Akademie hinstellt, und er hat dieses Urteil auf die Gegenwart bezogen. Das ist wohl eine seiner Behauptungen, wo er aus dem Vorderjah Folgerungen zieht, die der Schreiber garnicht gewollt hat. Der Schreiber des Artikels spricht garricht von der gegenwärtigen Zeit, sondern er bespricht die Gründe, aus denen der erste König von Preußen die Akademie ins Leben rief. Ein Beweis dafür, wie recht er hat, ist ja schon die Thatsache, daß die ganze Stiftung für die Akademie nur die Kleinigkeit von 7000 Thalern betrug. Das beweist klar, daß die Akademie nur zum Schein ins Leben gerufen werden sollte. Weiter entwirft die Nummer des „Vorwärts“ lange Ausführungen Schloßers „Weltgeschichte“, und Schloßer war doch sicher ein durchaus loyaler und glaubwürdiger Mann. Wir haben die Verpflichtung, die historische Wahrheit in die weitesten Kreise zu tragen gegenüber dem Vermögen der größten Mehrzahl der Historiker, die jeden Fürsten gewissermaßen zu einem Hebermenschen, zu einem Ausbund von Tugend und geistiger Bedeutung hinstellen. Da müssen wir mit der Fackel der Wahrheit hineinleuchten. Ich bin im höchsten Grade erstaunt, daß Herr Stöder sich nicht gegen die Stelle in der 18. Januar-Nummer des „Vorwärts“ ausgesprochen hat, wo eine Reihe von Kreuzerungen des alten Fritz, v. B. über die Geistlichkeit, über Monarchentum, über Charakter der Majestätsbeleidigung enthalten sind. Das ist zum Teil das Stärkste, was überhaupt an Urteilen über diese Institution gesagt worden ist. Wenn heute jemand z. B. diese Kreuzerungen des alten Fritz als seine eigene Meinung veröffentlichen würde, so würde er ohne weiteres wegen Majestätsbeleidigung verurteilt werden.

Im übrigen, wenn Herr Stöder über diese 18. Januar-Nummer so indigniert ist, so beweist uns das nur, daß wir auf dem richtigen Wege waren. (Lebhafter Beifall d. b. Soc.)

Abg. Schmidt-Eberfeld (fr. Sp.): Ich kann die Mitteilung des Herrn Nebel in Bezug auf den Luder-Brief nur bestätigen. Ich habe seinen Gewährsmann auch für durchaus glaubwürdig und wohlunterrichtet gehalten.

Abg. Dr. Arendt (Sp.):

Ich freue mich, daß Herr Nebel endlich anerkannt hat, daß der Luderbrief nicht existiere. Er hätte dies nur früher thun müssen. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Trotz des Zeugnisses des Herrn Schmidt-Eberfeld kann ich ihm den Vorwurf der Leichtfertigkeit nicht erproben. Er hätte am 18. März 1898 sagen müssen, daß er seine Angaben von einem Gewährsmann habe, er hat sie aber einfach als Thatsache hingestellt. Lediglich auf Grund dieser Anschuldigung ist die Disciplinaruntersuchung gegen Peters angestrengt. — Uebrigens konnte Herr Kolonialdirektor Kaiser Herr Luder und hätte damals anführen müssen, daß er den Bischof ein Jahr vorher gesprochen habe, ohne daß dieser von der ganzen Angelegenheit ein Wort erwähnte. Eine solche Erklärung des ja unterdeh verstorbenen Kolonialdirektor Kaiser hätte damals sicher großes Aufsehen erregt. — Im übrigen liegt in solchen Anschuldigungen der socialdemokratischen Partei System (Lachen bei den Socialdemokraten) und es war deshalb wertvoll festzustellen, wie solche Anschuldigungen entstehen. Auf die einfache Mitteilung irgend eines Herrn werden schwere Anklagen erhoben, ohne daß man eine vorherige Prüfung der Mitteilung für nötig hält. So ist auch Herr Nebel vorgegangen, und das kann er nicht von sich abhelfen.

Abg. Lebebour (Soc.):

Nachdem der Abg. Nebel ausdrücklich erklärt hat, daß er bezüglich des Vorhandenseins des Luder-Briefs irreführt worden ist, können die weiteren Anzählungen des Abg. Arendt weiter keinen Zweck haben, als das Vorgehen Nebels zu diskreditieren. Darauf deutet auch das Vorgehen des Abg. Arendt hin, daß er die Sache verallgemeinert und unserer Partei ganz allgemein den Vorwurf macht, sie bringe leichtfertig Anschuldigungen vor, ohne ihre Grundlage zu prüfen. Daß im übrigen Nebels Vorgehen gerechtfertigt war, geht ja aus dem Resultat der gerichtlichen Verhandlungen hervor. Diese Verhandlungen wären sicher nicht angestellt worden, wenn die Verhältnisse nicht im Reichstag zur Sprache gebracht worden wären. In dieser Hinsicht war die That Nebels eine große patriotische That. (Lachen rechts.)

Herr Stöder hat uns den englischen Socialisten Sanders als ein großes Vorbild für uns hingestellt, weil er vom Socialismus zur ethischen Bewegung übergegangen ist. In demselben Tage, wo Herr Stöder hier im Hause gesprochen hatte, kam ich abends in einer Privatgesellschaft mit Herrn Sanders zusammen und teilte ihm mit, was Herr Stöder ausgesagt hatte. Herr Sanders sagte: „Wie kann man solchen Unsinn sagen.“ Herr Sanders hatte dann später mit Herrn Singer in Gegenwart verschiedener anderer Personen eine Unterredung, in der er ihm seine Ansichten auseinandersetzte, und ich kann Ihnen bestätigen, daß das, was Herr Singer dann hier mitteilte, vollkommen den Mitteilungen entspricht, die Herr Sanders ihm gemacht hatte. Nun kommt Herr Stöder abermals und sucht Singers Ausführungen zu entkräften, indem er auf einen Artikel Försters aus der „Socialen Praxis“ hinweist. Selbst wenn Herr Stöder recht hätte mit seiner Auffassung der Ansichten des Herrn Sanders, so würde das es noch nicht rechtfertigen, ihn uns als Vorbild hinzustellen. Was hat denn Herr Sanders überhaupt ausgesprochen. Er und sein Lehrer John Burns waren Socialreformer und kamen schließlich zu der Erkenntnis, daß die Socialreform nicht genüge. Herr Sanders, der damals die deutsche Socialdemokratie nicht kannte, glaubte, durch Eintreten in die ethische Bewegung günstig auf die Arbeitermassen in England einwirken zu können. Dann kam er nach Deutschland, beschäftigte sich mit den deutschen Verhältnissen und mit der deutschen Partei der Socialdemokratie und da kam er auf Grund genauer Kenntnis derselben zu der Ueberszeugung, daß die Ziele, die er vorhergehend geglaubt hatte mit der reinen ethischen Bewegung zu erreichen, verwirklicht werden durch die Socialdemokratie Deutschlands, die gleichzeitig hohe ethische, ideale Ziele mit praktischer Thätigkeit vereinigt.

Nun hat Herr Stöder im Zusammenhang mit diesen Ausführungen geglaubt, uns allgemein moralische Vorlesungen halten zu können, daß unsere ganze agitatorische Thätigkeit unmoralisch sei. Das ist ein ganz unberechtigter Vorwurf. Auf Grund der öffentlichen Moral treten wir ein für die Polen, wenden wir uns gegen die Ausnahmegesetze in Elsaß-Lothringen. Aus Gründen der öffentlichen Moral haben wir uns erklärt gegen die Wählregelung der Landräte, obwohl wir wissen, daß Herr Stöder und seine Freunde niemals aus Gründen der öffentlichen Moral gegen die Regierung auftreten werden. Wir sind gerade die hervorragendsten Vertreter der öffentlichen Moral in Deutschland. Gerade die Arbeitervertreter sind es, die mehr als die bürgerlichen Parteien die öffentliche Moral verwirklichen und respektieren. Und da wirft man uns vor, daß wir die öffentliche Moral ruinieren! Herr Stöder ist dazu am allerwenigsten berufen. Er liefert durch seine heutige Abwesenheit wieder den Beweis, wie in an gelhaft seine politische Moral ist. Gestern hat er uns in der drastischsten Weise provoziert. Als ich äußerte, daß wir erst heute darauf antworten wollten wegen der vorgelassenen Zeit, da sagte mir ein erfahrener Mann: „Ja, verlassen Sie sich auf Herrn Stöder, der wird es so machen wie immer und wird einfach zu Hause bleiben.“ Nachdem er die schärfsten und unerhörtesten Angriffe gemacht hat, verduftet er einfach wie das bekannte Tier, das eine Wolke überziehenden Staubs ausstößt und dann verschwindet. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Herr Stöder hat noch einen andern Beweis für den ungläublichen Tiefstand seiner öffentlichen Moral —

Präsident Graf Vassestem: Herr Abgeordneter, Sie dürfen einem andern Abgeordneten nicht einen ungläublichen Tiefstand der öffentlichen Moral vorwerfen. Das verstößt gegen die Ordnung des Hauses.

Abg. Lebebour (fortfahrend): Herr Stöder hat über die Januar-artikel des „Vorwärts“ gesprochen. Aber nicht über die schandbaren Vorgänge im preussischen Königshause, die der Artikel brandmarkt, enttröstet sich Herr Stöder, sondern darüber, daß Herr v. Pöhlitz sie ausgeplaudert hat. Tacitus wurde allerdings als der großartigste Historiker gepriesen, weil er die Schandthaten der römischen Kaiser schonungslos aufdeckte, und auch wir fassen diejenigen Männer, die rücksichtslos die Wahrheit sagen, als die bedeutendsten Geschichtsschreiber auf. Ich habe bisher geglaubt, daß der schwerste Vorwurf, der gegen einen protestantischen Theologen erhoben werden könnte, der sei, daß er die Bigamie des Landgrafen Philipp von Hessen verteidigt. Herr Stöder verteidigt aber sogar das platonische Verhältnis Friedrichs I. zur Gräfin Wartheberg, diese schandenhafte Nachahmung, wo der König nicht in der Lage war, sein Vorbild in praxi nachzuahmen. (Heiterkeit links.) Daß Herr Stöder, er, ein Theologe, es fertig gebracht hat, dieses Verhältnis von diesem grenzenlos unsauberen und rohen Weibe zu einem preussischen König zu verteidigen, das ist auch ein Beweis für die Moral des Herrn Stöder. Ich fasse es übrigens nur humoristisch auf, wenn Herr Stöder uns derartige Moralpredigten hält. Wir werden an unserem revolutionären Idealismus festhalten, ich sowohl, als unsere ganze Partei. Dieser unser revolutionärer Idealismus bewahrt uns davor, daß wir in eine Interessenpolitik hineinsinken, wie sie sich jetzt in geradezu schmachvoller Weise bei dem von der Rechten betriebenen Brotwucher zeigt. (Lebhafter Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. Singer (Soz.):

Man wird es begreiflich finden, daß auch ich einige Bemerkungen zu der geistigen Rede des Herrn Stöder mache. Er hat sein Gift u. s. g. e. spritzt und ist dann fortgeblieben. (Sehr richtig! links.) Wenn er als anständiger Politiker angesehen werden will, dann hätte er sich hier stellen müssen.

Vizepräsident Büsing: Auch in bedingter Form dürfen Sie Herrn Stöder nicht den Anstand abprechen, das verstoßt gegen die Ordnung des Hauses. Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung.

Abg. Singer (fortfahrend): Ich sage also, wenn Herr Stöder als ein Politiker gelten will, der gewillt ist, das, was er sagt, auch zu verteidigen, dann hätte er sich hier einfinden müssen um die verdiente Antwort zu hören. Ich bedaure, daß ich nur nach einem kurzen Zeitungsbericht seine geistigen Äußerungen zitieren kann; ich nehme aber den Bericht der ihm nachstehenden „Kreuzzeitung“, der mir entriß, daß ich zur Widerlegung seiner Behauptung, was sei der Satz: „Religion ist Privatsache, nur ein „Dumbug“,“ sagte, es sei bei uns nicht so wie in manchen Kreisen, die Herrn Stöder nahe stehen, wo das Christentum Geschäftsfrage wäre. Herr Stöder meinte, das sei wohl eine orientalische Auffassung. Nein, durchaus nicht. Ich kann Beweise für die Wichtigkeit meiner Behauptung aus sehr christlichen, aus sehr frommen Kreisen, aus sehr patriotischen, sehr monarchischen, sehr konservativen Kreisen bringen, die Herrn Stöder sehr nahe stehen. In Branche nur an den Basenfreud und Stöder, an Herrn v. Hammerstein, zu erinnern. Niemand wird bestreiten wollen, daß Hammerstein Frömmigkeit an den Tag legte nur aus Geschäftsinteresse. Und soll ich Ihnen den Namen Sanden zurufen? Auch ein frommer Mann, der mit seiner Frömmigkeit seine Geschäfte deckte. Soll ich Sie an den Generalkonsul Schmidt, den frommen Hofbankier der Kaiserin erinnern? Die beiden konnten sich nicht genug thun an Frömmigkeit. Kann man sich aber etwas Widersprechendes denken, als wenn die Frömmigkeit zum Deckmantel aller Niederträchtigkeiten, aller Gemeinheiten benutzt wird? (Sehr gut! links.) Und das hat diese Gesellschaft in der nichtswürdigsten Weise, die Leute um ihr Geld und Gut gebracht hatten. (Sehr wahr! links.) Als eine der Geschädigten sich an die Frau des verhafteten Sanden wandte, da wurde sie auf Gott verwiesen, der ihr wohl helfen würde! (Beiwegung.) Redner verliest den Brief der Frau Sanden, in dem fast in jeder Zeile von Gott, Gottesgnade und Gottvertrauen die Rede ist. Wollen Sie bestreiten, daß das aus konservativen Kreisen kommt? (Rufe rechts: Ja, Sanden kennen wir gar nicht!) Die konservative Partei hat mit Herrn Sanden paradiert! (Widerspruch rechts.) Wer kennt nicht die frommen Streber, die allmählich mit dem Gebetbuch unter dem Arm in die Kirche wandeln, nur um von den Vorgesetzten gesehen zu werden. (Sehr richtig! links.) Herr Stöder behauptet, ich hätte mich dem Teufel verschrieben. Ich bin nicht so vernunftlos, mich nach dem Himmel zu sehnen, aber wenn ich die Wahl zwischen Herrn Stöder und dem Teufel habe, dann will ich zehnmal lieber beim Teufel sein, als bei Herrn Stöder. (Heiterkeit.) Ich muß bei diesen Dingen immer an die Worte des Goethe'schen Faust über Mephistopheles denken, der ja auch der Vater der Lüge gewesen ist. (Sehr gut! links.) Herr Stöder meint, es sei verwerflich, und ein anständiger Mensch veröffentliche einen Brief wie den Scheiterhaufenbrief nicht. Umgekehrt ist es richtig. Es sind das Briefe, die von anständigen Menschen nicht geschrieben werden. Gerade die konservative Partei sollte doch verkommen, daß in diesem Brief eine Politik des Verrats am König getrieben wird, den Sie so hoch stellen.

Vizepräsident Büsing: Das dürfen Sie nicht sagen. Ich bitte, nicht weiter von der Ordnung des Hauses abzuweichen.

Abg. Singer (fortfahrend): Der „Vorwärts“ hat den Brief zunächst veröffentlicht mit Hinterrücklassung der Anfangszeilen, und zwar weil man sonst sofort auf den Namen des Herrn Rosenthal gekommen wäre, den zu nennen wir keinen Anlaß hatten. Wie hat sich Herr Stöder nun zu dieser Veröffentlichung verhalten? Zunächst hat er alles bestritten. (Selbstverständlich. Heiterkeit links.) Er erinnert sich an nichts. Sein Freund Hammerstein, der damals auf der Flucht vor dem Zuchthaus war, hat ihm auch bestritten, er erinnere sich nicht, daß Stöder jemals einen solchen Brief geschrieben hätte. Darauf wurde der Scheiterhaufenbrief in vollem Umfang abgedruckt. Darauf meinte Stöder, es sei ihm leider auch jetzt noch nicht möglich, beizukommen zu erklären, daß der Brief echt sei. Nun erschien der Brief facsimiliert im „Vorwärts“. Damit war allem weiteren Zeugnis Thür und Thor geschlossen. Das ganze Verhalten Stöders ist doch höchst auffällig. Wenn er von der Harmlosigkeit des Briefs so überzeugt gewesen wäre, wie er gestern hat, dann hätte er doch das alles nicht nötig gehabt.

Kun noch einige kurze Bemerkungen zum Fall Ewald. Herr Stöder meinte, die Sozialdemokratie habe Schweineglück. Das verläßt und auch Herrn Stöder gegenüber nicht. Während ich verhandelt war, Herrn Stöder zu hören, wollte der Zufall, daß Herr Ewald, der Mitglied der Stadtverordneten-Versammlung ist, in unserer Fraktionsversammlung mir einige sehr interessante Mitteilungen über die Angelegenheit machte. Ewald hat gestern vor einer größeren Anzahl Zeugen und mit voller Sicherheit eines guten Gedächtnisses mir erklärt, daß er gegenüber der Behauptung Stöders, er kenne Ewald nicht, dabei bleibt, daß diese Behauptung falsch sei, denn in jener Zeit sei Stöder in Vollversammlung wiederholt unter Verwendung seines Namens zu ihm gekommen, habe ihm die Hand gereicht und sich nach seinem Befinden erkundigt. Ewald war bereit, diese Aussagen e i d l i c h zu erhärten, aber dazu ist es bei dem Wälderprozeß nicht gekommen, denn das Gericht hat die Ladung Ewalds abgelehnt, weil es aus den Verhandlungen heraus die Überzeugung gewonnen hatte, daß die Aussage Ewalds nicht mehr nötig sei. Es giebt aber noch ein interessantes Vorspiel. Als Herr Mundel, der damals die Verteidigung führte, sich über die Aussage Ewalds vergeblich bemühte, kam er beim Polizeipräsidenten ein und erklärte, Ewald, der aus Grund des Sozialistengesetzes ausgewiesen war, für diesen Prozeß freies Geleit zu geben. Dieses Geleit wurde abgelehnt. (Hört! hört! links und Bewegung.) Man wollte nicht Herrn Ewald Stöder gegenüber unter dem Eide nachweisen lassen, daß Stöder ihn gelamst haben müsse. Da wir gerade dabei sind, und über die Charaktereigenschaften des Herrn Stöder zu unterhalten (Heiterkeit links), so will ich auch den Fall des Predigers Witte erwähnen, von dem Stöder öffentlich behauptet hat, er habe sich für einen jüdischen Mitbürger, der zum Kammerjunker werden wollte, verwendet. (Herr Stöder erscheint im Saale.) Das Gericht hat für erwiesen angenommen, daß Herr Stöder im Gefühle der Rachsucht und des verletzten Ehrgeizes seinen Amtbruder öffentlich angegriffen habe. (Hört! hört! links.) Wenn Herr Stöder sich mit so besonderer Emphase dagegen wehrt, daß bei manchen Leuten die Religion nur das Geschäftsinteresse deckt, dann sollte er aus seiner eignen Vergangenheit doch manches nicht vergessen. Ich habe dunkel im Gedächtnis, daß von sehr hoher Stelle die Entlassung des Hofpredigers Stöder einmal verlangt worden ist. Wenn ich nicht irre, hat wegen dieser Frage sogar ein Antragsstättgchunden. Das Resultat jener Verhandlungen war folgendes: Ich citiere nach dem politischen Handbuch G. Richters und erwähne, daß Stöder einen Verweis vom Oberkirchenrat erhalten hatte: „Infolge jenes Vorwurfs wurde Stöder vor die Wahl gestellt, entweder auf seine letzte Pfünde als Hofprediger zu verzichten, oder seine agitatorische Thätigkeit in politischen Vereinen und Versammlungen aufzugeben. Stöder zog das letztere vor, so daß die Kravatte eines neuen Luthers dadurch vollständig wurde.“ Er hat es also damals vorgezogen, sich zu duden, und sein Amt höher gestellt, als die Sorge für sein Ideal christlicher Sozialreform. Daß Herr Stöder später doch vom Schicksal ereilt wurde, weiß man. Da handelt es sich aber nicht um die christlich-soziale Agitation als Ursache, sondern man erzählt sich ganz andere Gründe. Man weist darauf hin, daß eine zu sehr

auf die Spitze getriebene Intimität mit sehr hohen Kreisen mißliebig bemerkt wurde und zu einem Wink mit dem Zaunpfahl geführt hätte.

Wenn ich auf die Schlussworte des Herrn Stöder eingehe, so sage ich, daß mir dieser Ton doch widerstrebt. Es ist mir beizufallen für die Vornehmheit der Reden und für den Dilettantismus ihres Urteils in Bezug auf das parlamentarische Zulässige, daß sie gerade diese Stelle so befristete. Als ich die Stelle von den Händen las, erinnerte ich mich daran, daß schon der alte Homer sagt: „Nicht Sündischeres giebt es auf Erden als einen Menschen, dessen Junge zwieipaltig ist.“ (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Büsing: Wegen der letzten Äußerung rufe ich den Redner, und zwar zum zweitenmal, zur Ordnung.

Abg. v. Levetzow (L.):

Wir haben keine Veranlassung, uns in den persönlichen Streit zwischen Herrn Stöder und Herrn Singer einzumischen. Nur zweierlei will ich sagen: Den Namen Sanden habe ich zum erstenmal gehört, als der bekannte Zusammenbruch erfolgte. Allen meinen hier anwesenden Freunden ist Herr Sanden ganz unbekannt, und ebenso seine Frau. Zweitens sage ich, die Brandmarlung des Artikels durch Herrn Stöder hat uns allen sehr gut gefallen, und nicht nur uns, sondern der Mehrheit dieses Hauses. (Bravo! rechts.)

Abg. Stöder (wildl.):

Ich habe ja von den Reden der Herren Vortredner nur wenig gehört, was ich aber gehört habe, hat wenig Eindruck auf mich gemacht. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Herr Singer hat die Wiltische Angelegenheit hier vorgebracht, hat aber nicht erwähnt, daß ich in meiner Zeitung öffentlich erklärt habe, Herr Witte habe den Brief, auf den er seine ganze Anklage gegen mich stützte, gefälscht, um die öffentliche Meinung irre zu führen. Herr Witte hat mich verklagt, ich habe aber vor Gericht ihm gegenüber vollkommen recht bekommen. — Herr Singer hat wahrscheinlich meine ganze Lebensgeschichte hier hervorgeholt. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Ich hatte meine Anklage auf ganz bestimmte Punkte gerichtet, auf diese Punkte sollten die Herren auch ihre Verteidigung richten. (Abg. Bebel: Sie waren ja gar nicht da!) Nach dem, was ich gehört habe, scheint es mir, als ob hier eine Generaldebatte über meine Person abgehalten worden ist; daran bin ich seit zwanzig Jahren gewöhnt. (Stille des Präsidenten.)

Vizepräsident Büsing: Herr Abgeordneter, Sie sind während des größten Teils der Reden der Herren Vortredner nicht antwesend gewesen, ich glaube, Sie können sich nun nicht in Vermutungen darüber ergehen, was vielleicht gesagt worden ist, während Sie nicht antwesend waren. Ich bitte Sie sich auf die Antwort auf das zu beschränken, was Sie gehört haben. (Lebhaftes Bravo! links.)

Abg. Stöder (wildl., fortfahrend): Ich habe nicht gehört, was Herr Singer vorher gesagt hat, aber . . .

Vizepräsident Büsing: Ich bitte wiederholt nur darauf zu erwidern, was Sie im Saale anwesend waren, gehört haben. (Bravo! links.)

Abg. Stöder (fortfahrend): Herr Singer hat dann, soweit ich ihn gehört habe, gesagt, ich hätte, um meine feine Fründe nicht zu verlieren, auf meine politische Thätigkeit verzichtet. Eine feine Fründe war die Domsitze nicht. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Uebrigens habe ich sehr bald darauf mein Amt thätiglich niedergelegt und zwar gerade um meiner Grundzüge willen. — Wenn ich diese beiden Dinge so leicht widerlegen kann, so glaube ich, daß es mir ebenso leicht sein würde, alles was sonst gesagt worden ist, spielend zu widerlegen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Was Herr Singer vorgebracht hat, ist so thöricht . . .

Vizepräsident Büsing: Der Ausdruck „thöricht“ ist parlamentarisch nicht zulässig gegenüber einem Kollege. (Heiterkeit.)

Abg. Stöder (fortf.): Herr Singer, der den Scheiterhaufenbrief hier vorgelesen hat, erinnere ich daran, daß ich ihm eine Aussage vom Jahre 1888 verlesen könnte, worin sein Socius Rosenthal beschuldigt wird, die social größte Sünde begangen zu haben, die man nur begehen kann. Er hat auf eine Forderung nach höherem Lohn gesagt: „Lassen Sie die Mädel auf den Strich gehen und schaffen Sie mir billige Mädel.“ (Abg. Bebel: Was geht das Singer an!) Herr Singer hat das Geschäft darum nicht verlassen, obwohl er die Äußerung gemacht hat. Der Gerichtshof hat das bezeugt, wenn es bezweifelt werden sollte, will ich es verlesen. Wie hat Herr Singer unter diesen Umständen das Recht, einem andren Gewissenhaftigkeit vorzuwerfen. Wenn die Sozialdemokratie einen Mann von solcher Vergangenheit zu ihrem Präsidenten macht, so hat sie überhaupt das Recht verwirkt, von socialen Reformen, Sympathie für die Arbeiter oder Rechtschaffenheit und Gewissenhaftigkeit zu reden.

Abg. Wurm (Soz.):

Das Ansehen, das Herr Stöder in diesem Hause genießt, ist bezeichnend, daß von den Abgeordneten, die ihm nahe stehen, keiner es für notwendig gehalten hat, auch nur ein Wort zu seiner Verteidigung zu sagen. Ich wende mich nunmehr zu dem eigentlichen Gegenstand der Tagesordnung, zum Etat des Reichsamts des Innern. Bei der zweiten Lesung hat der Herr Staatssekretär auf meine Anfrage erklärt, daß er eine Enquete über die Lage und die Verhältnisse der Steinarbeiter angeordnet habe. Es wird dem Herrn Staatssekretär vielleicht interessant sein, zu erfahren, was aus dieser Enquete geworden ist. Die Arbeiter wissen von der Enquete überhaupt nichts. Von der Steinmetzgewerkschaft in Berlin sind Fragebogen an die einzelnen Meister geschickt worden, die nachher den Gewerbe-Inspektoren überreicht werden sollen. Auf diesem Fragebogen haben aber die Innungsmeister zur Vorsicht auch gleich die ihnen erwünschten Antworten hinzugefügt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auf die Frage über die durchschnittliche Lebenszeit der Steinarbeiter, soll danach geantwortet werden: „früher habe sie ja vielleicht 33 Jahre betragen, jetzt aber hätten sich die Verhältnisse gebessert.“ Das ist eine grobe Unwahrheit.

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Daß den Regierungen sehr oft von den Parteien der verschiedenen Richtungen aus Eigentümlichkeiten angegeben gemacht werden, ist natürlich. Die Frage ist nur, ob die Regierung sich dadurch bestimmen läßt oder nicht. Was die berührte Angelegenheit anlangt, so ist bereits eine Bundesratsverordnung zur Regelung der Lage der Steinarbeiter vorbereitet und über diese werden sowohl Arbeitgeber wie Arbeitnehmer im Reichsamte des Innern gehört werden.

Abg. Singer (Soz.):

Der Unterschied zwischen Herrn Stöder und mir besteht darin, daß ich Herrn Stöder vorwerfe, was er gethan hat, während er mich verantwortlich macht für das, was andre gethan haben. Was die Sache selbst anlangt, so freut es mich, hier wie schon zu wiederholten Malen erklären zu können, daß es niemand giebt, der diese Redensart schärfer verurteilt hat als ich, und der mehr davon durchdrungen war, daß, wenn die Firma, der ich angehört habe, nach dieser Redensart etwa gehandelt hätte, das den schlimmsten Vorwurf berechtigte, den man überhaupt machen kann. Aber es ist in dem damaligen Prozeß durch alle Zeugen festgestellt, daß diese verwerfliche Redensart zwar gebraucht worden ist, aber ein derartiges Verhalten in seiner Weise in der Firma gebräuchlich war, daß die dort gezahlten Löhne in vielen Fällen sogar über die Löhne bei andren Firmen hinausgingen. Die Zeugen, die das aus sagten, waren nicht Sozialdemokraten, sondern Mitglieder des christlich-socialen Arbeitervereins, der damals bestand. Daß Herr Stöders Vorwurf unberechtigt war, dafür ist ein Beweis, daß in dem Prozeß, den ich wegen verleumdender Darstellung des Falls gegen ein hiesiges Blatt angeklagt hatte, der Redacteur desselben in allen drei Instanzen zu 600 M. Geldstrafe verurteilt worden ist. (Hört! hört! d. d. Soz.) Es wird mir naturgemäß schwer, mich selbst zu loben, aber ich muß

bei dieser Gelegenheit doch sagen, mein ganzes Leben, meine ganze Thätigkeit hängt doch dafür, daß ich mich einer solchen gemeinen Handlungsweise, wie sie in jener Redensart liegt, unmöglich schuldig machen kann. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und weil meine Parteigenossen das wissen, deshalb glauben sie mir mehr wie Herrn Stöder. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn ich mich übrigens nicht frei von der Schuld fühle, hätte ich Herrn Stöder auch tatsächlich angegriffen. Diese schon so oft als gemeine Lügen und Verleumdungen zurückgewiesenen Sachen unter dem Deckmantel der Objektivität wiederholen würde. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Büsing: Wegen der letzten Äußerung rufe ich den Herrn Abgeordneten zur Ordnung.

Abg. Bebel (Soz.):

Das Verhalten des Herrn Stöder ist sehr bezeichnend. Man hätte erwarten müssen, daß es Herr Stöder für seine Pflicht hielte, nachdem er gestern gehört hatte, daß vier socialdemokratische Redner nach ihm gemeldet waren, heute an seinem Plage zu sein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Statt dessen erscheint er zwei Stunden nach Beginn der Sitzung und sein erstes Wort ist, er hätte erwartet, daß wir uns in der Erwiderung auf ganz bestimmte Punkte beschränken würden. Das sagt derselbe Mann, der unsere Reden bis auf die letzten Worte Singer überhaupt nicht gehört hat. Diese eine Thatsache charakterisiert Herrn Stöder mehr als dies ganze Bände thun könnten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Heute muß nun Herr Stöder schweigen, er wird aber dann wieder am nächsten Tage die Berichte lesen und nach einigen Wochen, wenn kein Mensch mehr an die Sache denkt, auf unsre Reden erwidern. Das ist doch ein geradezu anarchoistisches Verfahren. (Große Heiterkeit.)

Vizepräsident Büsing: Dieser Ausdruck war nicht in der Ordnung. (Ermente stürmische Heiterkeit.)

Abg. Bebel (fortf.): Was nun den Fall Rosenthal anlangt, so hätte Herr Stöder am wenigsten Anlaß zu einem solchen Angriff gegen Singer. Was würde er dazu sagen, wenn wir ihn für die Schultereien und Verbrechen seines Freundes Hammerstein verantwortlich machen wollten. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Was kann Singer dafür, wenn sein Socius eine solche zweifellos gemeine und niederträchtige Äußerung macht. Ich war mit Singer, der damals aus Berlin ausgewiesen war, in jener Zeit zusammen und weiß, wie tief ihn diese Äußerung gekränkt hat, und gerade diese Äußerung hat ihn veranlaßt, aus dem Geschäft auszutreten. (Abg. Stöder: Wie können Sie das sagen!)

Vizepräsident Büsing: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, den Redner nicht zu unterbrechen; Sie haben nachher das Wort und können dann antworten.

Abg. Bebel (fortfahrend): Was wir an Singer haben, wissen wir ganz genau, er ist ein Mann, der unermüdlich für die Partei arbeitet und seine ganze physische, geistige und auch seine materiellen Kräfte in den Dienst der Partei stellt, der soviel für seine Sache gepostet hat, wie es Herr Stöder niemals gethan hätte. Wenn wir in Singer freilich einen Mann hätten, der dieselben Charaktereigenschaften besitzt, wie sie Herr Stöder gezeigt hat, dann hätten wir ihn allerdings längst aus der Partei hinausgeworfen. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Büsing: Wegen der letzten Äußerung rufe ich den Herrn Abgeordneten zur Ordnung.

Abg. Sachs (Soz.):

polemisiert gegen frühere Ausführungen des Abg. Dertel über Arbeiterkonsumvereine und Bezahlung der Lagerhalter. Im Wahlkreis des Herrn Dertel erhalten erwachsene Bergarbeiter den Hungerlohn von 50 Mark monatlich. Nun drängt Herr Dertel besonders auf Erhöhung der Protzölle. Ich nenne das indirekten Steu. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Schele-Münster (Weise) ersucht, sich der Steinarbeiter energisch anzunehmen.

Staatssekretär Graf Posadowsky wiederholt seine vorherige Erklärung.

Abg. Stöder:

Wenn ich es vermocht hätte, wäre ich hierher gekommen (Lachen links) — schon im eignen Interesse. Das Erkenntnis von 1885 hat meiner vorgesetzten Kirchenbehörde vorgelegen und sie hat nichts darin gefunden, was mich meines Amtes unwürdig gemacht hätte. Der Obertribunalarat Doder hat den ganzen Prozeß eine Konfessionsgenannt. Aber Sie lesen ja so etwas nicht. (Lachen links.) Es ist ja eine Perside, mich aus persönlichem Haß herauszugreifen und so zu thun, als ob ich allein mit Hammerstein zusammengekommen wäre. Darin liegt eine grenzenlose Gemeinheit unfreies öffentlichen Lebens. (Lachen links.) Ich bin in allen Jahren höchstens viermal in Hammerstein's Hause gewesen. Andre waren viel häufiger da. (Stürmische Heiterkeit links. Rufe: Aber die Briefe!) Nun, das waren ja rein politische Briefe. Das versteht sich doch von selbst. Im Fall Singer-Rosenthal aber liegt das Erkenntnis eines Gerichtshofs vor, das Sie doch wohl auch gelten lassen werden. In dem Erkenntnis wird ausdrücklich erklärt, der Austritt Singers aus dem Geschäft sei aus andren rein äußerlichen Gründen, aber nicht wegen der Geschäftsprincipien des Herrn Rosenthal erfolgt. Dadurch ließ sich Herr Singer nicht stören. Das Bericht hat aber die Äußerungen des Herrn Rosenthal als schamlos bezeichnet, die sich mit der geringsten Arbeiterfreundlichkeit nicht vertragen. (Leb! sehr richtig! bei den Sozialdem.) Herr Singer aber hat das Verhältnis nicht gelöst. Etwas Schwereres läßt sich gar nicht denken. Bebel hat doch selber gesagt, Singer hätte seine Geldmittel der Partei zur Verfügung gestellt. Was ist denn das Schlimme an der Behauptung, er sei deshalb zum Präsidenten gewählt worden? Schlimm ist nur, daß Sie an der Spitze einen Mann haben, der in der schamlosesten und verwerflichsten Weise Grundzüge aufgestellt hat, die jeder Arbeiterfreundlichkeit Hohn sprechen. (Stürmische Unterbrechung links. Rufe: „Reineidsplaffe!“)

Präsident Graf Ballestrem:

Sie dürfen das nicht von einem Abgeordneten sagen, ich rufe Sie zur Ordnung.

Abg. Stöder (fortfahrend): Wenn die Sozialdemokratie sich als Sittenrichter aufstellt, dann haben wir das Recht, ihr diese Dinge entgegen zu halten. (Schluß im Hauptblatt.)

Vermishtes.

In dem Bergwerk von Lausung (Rausch) meuterten 284 dort arbeitende Sträflinge. Sie hielten 15 Wäpfer in der Mine fest und verhinderten sie, ins Freie zu gelangen, bis ihre Forderungen bezüglich besserer Nahrungsmitel ihnen bewilligt worden waren. Sie töteten auch die Maultiere, die sich im Bergwerk befanden, um das Fleisch derselben als Nahrungsmittel zu benutzen. Nach einer Meldung aus Bombay vom 19. März wurden sieben Artilleristen in Secunderabad infolge der Explosion eines Haubitzgeschosses getötet. Ein furchtbarer Orkan fuhr, wie jetzt erst bekannt wird, in der letzten Januarwoche über Kaukasien und verurteilte Eigentum und eine Menge Menschenleben. Die Eisenbahnen und Straßen sind zerstört, die Telegraphenbrüche zerrissen, ganze Ortschaften vom Erdboden verschwunden. Der Dampfer „Herc“ liegt zertrümmert auf dem Strande, ebenso eine Anzahl von Segelschiffen. Die neue viermastige Post „Gavre“, die mit Radelerg beladen war, ist gesunken.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
 Donnerstag, den 21. März.
Opernhaus. Die Afrkanerin. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Die Uckerischen Freiden oder: Die romantischsten wahren Frauenzimmer. Der Widerspenstigen Zähmung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Rosmersholm. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Rosmersholm. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leistung. Flachsman als Erzähler. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Ueber unsre Kraft. (2. Teil.) Anfang 7 1/2 Uhr.
Reibhaus. Telemete. Hierauf: Continens Gekränker. Anfang 7 1/2 Uhr.
Kened. Der Knack ins Sittliche. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen. Hoffmanns Erzählungen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Secessionsbühne. Buntes Theater: Ueberbrett. Anf. 7 1/2 Uhr.
Thalia. Der Kadetten-Vater. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. San Toy. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luisen. Der Verschwenker. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmsstädtisches. Der Damenschneider. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Beck. Die Bluthochzeit. Anfang 8 Uhr.
Belle & Alliance. Der Leibalte. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Specialitäten-Vorstellung. Man lebt ja nur einmal. Anfang 7 1/2 Uhr.
Apollo. Specialitäten-Vorstellung. Secession: Gefänge. Anfang 8 Uhr.
Palast. Specialitäten-Vorstellung. Die beiden Wenzel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Theater. Damen-Ringkämpfe. Rosendienstag. Anfang nachm. 6 Uhr.
Passage-Panoptikum. Specialitäten-Vorstellung.
Urania. Taubenstr. 49/40. (Im Theater) Anfang 8 Uhr: "Unser Rhein von der Quelle bis zur Mündung." Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte.

Schiller-Theater
 (Wallner-Theater).
 Donnerstagabend 8 Uhr:
Rosmersholm.
 Schauspiel in 4 Aufzügen von Henrik Ibsen. Deutsch von H. Hof.
 Freitagabend 8 Uhr:
Ein Schritt vom Wege.
 Sonnabendabend 8 Uhr:
Ein Schritt vom Wege.

Central-Theater.
 Mit glänzender Ausstattung:
 Abends 7 1/2 Uhr:
San Toy
 Chinesische Operette in zwei Akten. Musik von Edwin Jones.
 Sonntagnachmittag 3 Uhr, zu halben Preisen: **Die Geisha.**
 Abends 7 1/2 Uhr: **San Toy.**

Thalia-Theater
 Dresdenerstr. 72.
 Heute und folgende Tage:
Der Kadetten-Vater.
 Poffe mit Gef. u. Tanz in 5 Bildern. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Dessen: Thomas, Thielcher, Helmerding, Jantermann, Paulmüller.
 D a m e n : Milton, Milton, Bojé, Wannowias.
 Im 5. Bild: Das Ueberbrett.

Carl Weiss-Theater
 Gr. Frankfurterstr. 132.
Die Bluthochzeit.
 Anfang 8 Uhr.
 Freitag: Opern-Gastspiel: **Der Freischütz.** Sonnabend nachmittags 4 Uhr: Kinder-Vorstellung. H. Preife: **Dorndöckchen.** Abends: Benefiz für den Regisseur Jol. Dill: **Einer von unsre Leut.** Sonntagnachmittag: **Die Bluthochzeit.** Abends: Opern-Gastspiel: **Undine.**

Apollo-Theater.
 Bernhard Mörbitz
 Miss Deyo & Emmi Kröchert
 Secessions-Gesänge
 Dyas-Rosé-Laszky
Rob. Steidl
 Ueberbrett-Parodie
Salerno
 Gregoris & Wolkovsky
 Anfang 8 Uhr.

URANIA * *
 Taubenstr. 49/40.
 Im Theater
 Donnerstagabend 8 Uhr:
Unser Rhein
 von der Quelle bis zur Mündung.
 Invalidenstr. 57/62.
 Tägl. Sternwarte.

Friedrich-Strasse 165
 * *
Castans Panopticum * *
 Entree 50 Pf.
 Kinder die Hälfte.

Cirkus Busch
 Donnerstag, 21. März, 7 1/2 Uhr:
Elite-Gala-Abend.
 Ferner: Auftreten des berühmten amerikanischen **Pferdebändigers** Professor Norton S. Smith. Besonders hervorzuheben: **Die gefährliche Fahrt unter der Teufelsbrücke.** Sensationell! Aufsehen erregend! Prof. Smith wird heute abend einen höchstartigen **Maulesel**, welcher schläft und belst, vor den Augen des Publikums jähnen. Außerdem: **Akt-deutsche Quadrille**, ger. auf 12 Schül-pfeiden. "Troika", mus. Dreigelspann, geritten von Herrn Hess. Dir. Busch mit seinen berühmten **Freiheitsadressuren.** Vorführ. vorzügl. Programmnummern. Zum Schluss: **Zum 114. Male:**
Die eiserne Maste.
 Le masquo de fer.
 Großes historisches Panee-Schauspiel in 4 Akten und 3 Hauptbildern. Unter anderem: **Die Jagd bis in die Cirkustappet hinaus.**
 Sonntag, 24. März, nachmittags 4 Uhr: **Berliner Landpartien**, wozu jeder Erwachsene auf allen Sitz-plätzen 1 Kind frei hat; weitere Kinder die Hälfte. - Abends 7 1/2 Uhr: **Die eiserne Maste.**

Passage-Theater
 Anfang Sonntags 12 Uhr,
 Wochentags 3 Uhr, Ende 11 Uhr.
 Fortsetzung der
Damen-Ringkämpfe
 Auftr. d. Ringkämpferinnen nachm. 6 Uhr, abends 10 Uhr.
Rosendienstag.
 17 erstklass. Nummern.

Reichshallen
 Stettiner Sänger.
 Zum Schluss:
Die imitierten Throser.
 Siehe sämtliche Säulen.

Metropol-Theater
 Behrenstr. 55/57.
Man lebt ja nur einmal.
 Große Gesangsposse in 5 Bildern. Vorher:
Das neue März-Specialitäten-Progr.
 Anf. 7 1/2 Uhr, der Boße 1/2 Uhr.
 Rauchen überall gestattet.

Sanssouci
 Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Nordd. Sänger.
 Neut! Heute: Neut! **Kanalfest** und **Wachfiguren.**
 Nach der **Lanzfränzchen**
 Montag: **Kanalfest.**

Palast-Theater
 früher Feen-Palast, Burgstr. 22.
 Das pompöse
März-Programm!
 Ab 16. cr. noch bedeutend vergrößert!
The 4 Sisters Burleighs,
 das ameril. Grotzen-Quartett.
Brothers Lington,
 Excentric-Akrobaten.
Mac Kean, neu für Europa!
 8 1/2 Uhr. Neut! 8 1/2 Uhr.
Die beiden Wenzel.
 Schwan in 1 Akt von G. Heilg.
 Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.
 Mittwoch, den 27. März:
Benefiz für Robert Dill.
 Der **Walzerkönig.**
 Große Boße in drei Akten.

Passage-Panopticum.
 Neu! Neu!
Yvette Guilbert
 Neu! Neu!
Singhalesen-Truppe
 Entree (inkl. Theater soweit der Raum reicht) 50 Pf.

Wo amüsiert man sich grossartig?
 Hasenhöhe 21 und Jahnstr. 8 in **Schnegelsbergs Festsäle**, Inh.: Max Schindler. - Telefon: Amt IVa Nr. 8002. - Heute: **Grosser Ball**, als **Specialität: 6 Cigarren- und Apfelsinen-Regen** & verbunden mit Schlangen- u. Bomben-Regen u. diversen Ueberraschungen. Täglich: **Specialitäten-Vorstellung.** Entree frei.
 Empfehle den geehrten Gewerblichen, Vereinen, Fabriken etc. meine Säle, 300 und 1200 Personen fassend (mit Bühne) zu Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
 Karlstrasse.
 Wochentags 7 Uhr. Nur erstklassige
 Sonntag 6 Uhr. **Specialitäten.** J. M. Mäh.
 Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz ohne Nachzahlung.**

Riesen-Walfisch.
 Ausstellung.
 Grösste Sehenswürdigkeit auf zoologischem Gebiete.
 Von Sonnabend, den 23. d. M. an befindet sich der neue Besichtigungs-Platz
Kottbuser Damm, Ecke Boppstrasse.
M. Cohns Festsäle, Beuthstrasse 20.
 Der 2. Cherefeiertag (Montag, der 8. April) ist frei geworden und unter sehr günstigen Bedingungen an Vereine zu vergeben. 9230*

Deutsche Konzerthallen
 An der Spandauer Brücke 3.
 Täglich: **Internationale Künstler-Konzerte.**
 4 ausländische Kapellen.
Bock-Anstich.
 Täglich grosse Specialitäten-Vorstellung.

W. Noacks Theater.
 Ermenstraße 16.
Die Ehre
 eines armen Mädchens.
 Drama in 5 Akten von Ernst Geibel.
 Nach der Vorstellung:
Lanzfränzchen.
 Freitag:
 Die Ehre eines armen Mädchens.

H. Esders & Dyckhoff

Leipzigerstr. 50^a, Ecke Jerusalemerstrasse
 — am Dönhoff-Platz. —

Herren- und Knaben-Bekleidung

fertig und nach Mass.

Herren-, Knaben-, Sport- u. Modeartikel

Geschäfts-Eröffnung:

Sonntag, den 23. März.

Centrale: Berlin.

ZWEIG-GESCHÄFTE:

Paris.

- Centrale: Rue Montmartre.
- 2. Geschäft: Rue Turbigo.
- 3. " Rue Rivoli.
- 4. " Rue Pont-Neuf.

London.

- Centrale: Aldgate corner of Minories.
- 2. Geschäft: New Oxford Street.
- 3. " Borough High Street.
- 4. " Rye Lane.

Hamburg. — Frankfurt a. M. — Köln a. Rh. — Dresden. — Elberfeld. — Antwerpen. — Gent.

Eigene Einkaufshäuser: London und Hamburg.

Die Berliner Handwerkskammer

eröffnete am Mittwoch im Landeshause in der Matthäikirchstraße ihre erste auf zwei Tage berechnete Vollversammlung. Den Vorsitz führte Obermeister Kaster. Er eröffnete die Sitzung mit einem Kaiserhoh, währenddessen sich die Vertreter der Gesellen außerhalb des Saales aufhielten. Regierungsrat Stolle begrüßte die Versammelten Namens des Oberpräsidenten. Dann gab Obermeister Kaster den Bericht des Vorstandes über dessen seitherige Tätigkeit, sowie über die Verhandlungen der Abteilungen und Ausschüsse. An 224 freie Stimmungen ist das Prüfungsrecht verfallen worden. In 18 Fällen haben die Behörden und Kammern um Gutachten ersucht.

Den zweiten Punkt der Tagesordnung bildete die Verhandlung über Lehrverträge und Vorschriften über die Regelung des Lehrlingswesens. Syndikus Dr. Reubaus legte den Entwurf eines Lehrvertrags vor, der unter anderem folgende Bestimmungen enthält: Bei Auflösung des Lehrverhältnisses besteht kein Anspruch auf Rückzahlung des Lehrgelds. Vater, Mutter oder Vormund sind verpflichtet, Schäden, den der Lehrling durch nachweislich grobes Verschulden dem Lehrherrn zufügt, zu ersetzen. — Der Lehrling hat sich das gewöhnliche Handwerksgerät selbst anzuschaffen und während der Lehrzeit zu unterhalten. — Der Lehrling ist der väterlichen Zucht des Lehrherrn unterworfen. — Im Falle der Erkrankung liegt, soweit nicht die Ueberführung in ein Krankenhaus angeordnet wird, die Pflege des Lehrlings dem Vater ob, wogegen ihm das Krankengeld zuzufällt. — Erkrankt der Lehrling und dauert die Krankheit länger als drei Monate, oder ist der Lehrling mit einer abführenden Krankheit behaftet, oder ist er zur Fortsetzung der Arbeit unfähig geworden, so ist der Lehrherr zur Aufhebung dieses Vertrags ohne Entschädigung berechtigt. — Wenn der Lehrling aus einem anderen Grunde als durch § 127b, Absatz 3 der Gewerbe-Ordnung vorsehen ist, die Lehre verläßt, oder wenn er nach Ablauf der Probezeit zu einem anderen Beruf übergehen will, so hat er eine Entschädigung von ... M. an den Lehrherrn zu zahlen. — Am Ende der Lehrzeit hat sich der Lehrling der Gesellenprüfung zu unterziehen. Besteht er die Prüfung nicht, so hat er drei Monate nachzulernen und sich dann einer erneuten Prüfung zu unterwerfen. Besteht er auch diese nicht, so erhält er nur ein Zeugnis des Lehrherrn über die Dauer der Lehrzeit, die erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten, sowie über sein Betragen. — Die Prüfungsgebühren sind vom Vater zu zahlen.

Ueber den Entwurf entstand eine längere Debatte, in der seitens der Vertreter der Gesellen gegen verschiedene der vorstehenden Bestimmungen Einwendungen erhoben wurden. Nachdem sich einige Meister gegen die Ausführungen der Gesellen gewandt hatten, wurde die Debatte gegen den Widerspruch der letzteren geschlossen und der Entwurf mit dem Stimmen der Meister angenommen. Dieser Lehrvertrag soll maßgebend sein für alle zur Handwerkskammer gehörenden Zünfte. Außer dem Vertrag lagen der Kammer umfangreiche Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens vor, die außer den gesetzlichen Vorschriften über das Lehrlingswesen nähere Bestimmungen über die Ausführungen des Lehrvertrags enthalten.

Darauf unterbreitete Obermeister Krause als Referent eine Gesellenprüfungs-Ordnung. In derselben werden außer den Bestimmungen über die Zulassung zur Prüfung für jedes einzelne Gewerbe diejenigen Arbeiten aufgeführt, welche als Prüfungsaufgaben aufzuführen sind. An der Debatte über diesen Gegenstand beteiligten sich fast nur Vertreter der Meister. Die Prüfungsordnung wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Obermeister Krause begründete den Haushalts-Plan für 1901/1902. Unter den Ausgaben sind vorgelesen: Gehalt des 1. Sekretärs 6500 M., des expedierenden Sekretärs 2800 M., für einen Bureaubeamten 1900 M., Entschädigung des Vorsitzenden 1200 M. usw. Unter den Einnahmen figurieren: 7000 M. für Gesellen, 4000 M. für Meisterprüfungen. — Der Haushalts-Plan, bei dem die Gesellen-Vertreter nicht mitzureden haben, wurde angenommen.

Am folgenden Punkt der Tagesordnung: Zuwahl von sachverständigen Personen, empfahl der Referent, Obermeister Wollschläger, anstatt der zulässigen Zuwahl von 8 Personen, für diesmal nur deren 2 zu wählen und zwar den Geh. Regierungsrat Lachner und den Stadtschulrat Dr. Gerstenberg. Die Personenfrage führte zu einer längeren Debatte. Schließlich wurden die Herren Geh. Regierungsrat Lachner, Stadtschulrat Dr. Gerstenberg und Dr. Schulz gewählt.

Darauf wurde die Fortsetzung der Tagesordnung auf Donnerstag 10 Uhr vertagt.

Parlamentarisches.

Die Vertagung der Dienstag-Sitzung des Reichstags nach der Rede des Abg. Stöder fand nicht allein auf Antrag des Abg. Levetzow statt; der Antrag ging vielmehr von Abgeordneten verschiedener Parteien aus und verfolgte die Absicht, eine ausgiebigere Besprechung der Stöderischen Rede zu ermöglichen. Dies zur Wichtigkeit einer Bemerkung untes gestrigen Reichstags-Sitzungsberichtes.

Die Kommission des Reichstags für den Antrag Gröber und Genossen, Anwesenheitsgelder für die Abgeordneten betreffend, hielt am Mittwoch ihre erste Sitzung.

Der Vorsitzende Schmidt-Eberfeld berichtete zunächst, daß von Seiten der verbündeten Regierungen Material über die bezüglichen Verhältnisse in den hervorragenden parlamentarisch regierten Staaten der Kommission überwiesen worden sei. Das Material soll wie später beschlossen wurde, gedruckt und den Kommissionsmitgliedern zugänglich gemacht werden. Weiter teilte der Vorsitzende mit, daß die Teilnahme eines Regierungskommissars an den Kommissions-Sitzungen nicht zu erwarten sei, woraus wohl ein Schluß auf das endgültige Scheitern des Antrags gezogen werden darf. Man beschloß zunächst die Debatte auf den ersten Tag des Antrags Gröber, der sich auf die Bewahrung von freier Fahrt auf sämtlichen deutschen Eisenbahnen bezieht, zu beschränken. Hierzu liegt ein Antrag Wasserhagen vor, der die freie Fahrt auf die Dauer der Legislaturperiode, und zwar so lange der Reichstag verammelt ist, sowie acht Tage vor Eröffnung und acht Tage nach Schluß desselben beschränkt wissen will.

Die Anregung, von einer Verfassungsänderung abzusehen und den Antrag Gröber als selbständigen Gegenentwurf zu behandeln, fand keine Mehrheit. Die Diskussion drehte sich in der Hauptsache darum, daß von dem Abgeordneten Häging gegen die Bewahrung von freier Fahrt auf allen deutschen Bahnen geltend gemacht wurde, daß dieses Privilegium der Abgeordneten leicht zum Mißbrauch führen könnte. Es wurde diesbezüglich auf die Erfahrungen hingewiesen, die mit der freier Fahrt bis zum Jahre 1884 mit dieser Einrichtung gemacht worden sind. Es sollen einzelne Abgeordnete 12—20 000 Kilometer während einzelner Sesssionen gefahren sein.

Diesen Bedenken traten die Abg. Gröber, Auer, Webel, Müller-Sagan und Lerno entgegen. Es wurde dabei konstatiert, daß den Reden in der Kilometerzahl gerade höchste Staatsbeamte, die zu gleicher Zeit Abgeordnete waren, erreicht haben. Besonders wurde auch auf die Wichtigkeit hingewiesen, welche die freie Fahrt für die Mitglieder der einzelnen Kommissionen habe, um sich an Ort und Stelle Informationen einzuholen. Von dem Abgeordneten v. Malchahn wurde die Notwendigkeit der freier Fahrt anerkannt aber Bedenken gegen Dänen geltend gemacht, während sein Praktikantkollege v. Stauch nur die freie Fahrt zwischen Wohnort, Wahlkreis und Berlin zugestehen will.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag Gröber, soweit er sich auf die freie Fahrt bezieht, mit dem Zusatzantrag Wasserhagen mit großer Mehrheit angenommen.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalfrage. Sonnabend veranstaltet der Konsumverein „Vorwärts“, Schlegelstr. 43, eine Festlichkeit, und zwar in den Concordia-Sälen, Andreasstraße (Inhaber Seeger). Wie den Genossen bekannt ist, steht uns genannter Saal zu Versammlungen nicht zur Verfügung.

Mariendorf-Tempelhof. Den Genossen zur Nachricht, daß laut Vollversammlung-Beschluß in Mariendorf die Lokale von Großl. (früher Palmann), Gaussestr. 80, und Haack (Schwörger Adler), Gaussestr. 20, in Tempelhof die Lokale von Gerth, Dorffstr. 18, und Wiemke (Gasthof Stadt Dresden), Berlinerstr. 33, gesperrt sind. Alle anderen Lokale sind für den Verkehr frei.

Lokales.

Der Stadts-Ausschuß der Stadtverordneten-Versammlung erlebte in seiner gestern abgehaltenen Sitzung die Etats der Kanalisationswerke, des Viehhofs, der Fleischschau und den Personalbesoldungs-Etat. In einer lebhaften Debatte kam es aus Anlaß einer von Vorkmann gegebenen Anregung auf Vermehrung der Milchwirtschaft auf den städtischen Rieselfeldern. Obwohl der Magistratsvertreter und einige Mitglieder des Ausschusses mit allen nur erdenklichen Gründen dagegen ankämpften, wurde eine Resolution im Sinne Vorkmanns doch angenommen. Die alljährlich im Stadts-Ausschuß zu wurde auch gestern wieder bemängelt, daß die Erträge der Obstkultur in seinem Verhältnis zu den dafür angewandten Kosten ständen; ebenso wurde auch die Behandlung der Rieselfelder mit Hanf, wie alljährlich angeregt. Mit derselben Pünktlichkeit wie in jedem Jahre antwortete auch diesmal der Magistrat, daß die Frage noch immer im Fluss sei, aber noch kein bestimmtes Resultat erzielt habe. — Nach einer Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts kam die Stadtgemeinde nach dem bestehenden Ortsstatut von allen den Gebäuden, die keinen eigentlichen Ruhezweck haben, also den staatlichen Ministerial- und Kirchengebäuden etc., keinen Beitrag zu den Kanalisationskosten zu erheben. Auf eine Anfrage des Genossen Dr. Freundberg antwortete der Magistrat, daß eine Veränderung des Ortsstatuts im Magistrat beraten und demnächst der Stadtverordneten-Versammlung vorgelegt werde.

In der ersten Stadtsberatung im Plenum hatte der Stadtverordnete Rommjen ausgeführt, daß die sozialdemokratischen Bedienen remonstriert hätten. Er glaubte daraus den Schluß ziehen zu dürfen, daß durch die eingetretene Lohn-erhöhung auch die Sozialdemokraten zufriedengestellt seien. Wenn Stat des Viehhofs wies Genosse Kraus darauf hin, daß Herr Rommjen sich mit seiner Annahme im Irrtum befunden habe. Nur die Thatsache, daß die Lohnfrage jetzt durch einen besonderen Ausschuß der Versammlung geregelt werde, habe seine Freunde abgehalten, über die Löhne etwas zu sagen. Daß die Löhne aber durchaus unbefriedigend seien, beweiße der Etat des Viehhofs. Der Ausschuß stimmte einem Antrage bei, der den Magistrat aufforderte, die Viehhofverwaltung zu erziehen, daß sie die gezahlten Löhne im Etat angebe. Ebenso beschloß der Ausschuß die im vorigen Jahre gestellte Resolution zu wiederholen, welche verlangt, daß die Viehhofkommissionäre ihre auf dem Viehhof beschäftigten Treiber gegen Unfall versichern, da bei einigem guten Willen die Verwaltung die Macht habe, dieses Verlangen durchzuführen. Dr. Freundberg bemängelte beim Etat der Fleischschau die Mißstände, unter denen die Fleischbeschauer und Fleischbeschauerinnen zu leiden haben. Es sei durch- aus ungeeignet, eine solche Arbeit im Accorbloß zu bezahllen und den Leuten eine Instruktion zu geben, die vielleicht für ein Judashaus passend sei. Ebenso sei die Art, wie die Verwaltung arbeits- unfähig gewordene Leute behandle, der Stadt Berlin unwürdig. Im Personal-Besoldungs-Etat teilte der Magistrat mit, daß er den Herren Dr. Freund und Dr. Straeter von der Landes- Versicherungsanstalt Berlin und v. Schulz vom Gewerbegericht den Titel „Direktor“ erteilt habe. Außerdem sollen die beiden ersteren je 1000 M., der letztere 800 M. persönliche Zulage erhalten. Vorkmann rügte bei dieser Gelegenheit das Vorgehen des Herrn Dr. Freund sowohl hinsichtlich seines Verhaltens in der bekannten Kirchenbaufrage in der Lungenheilstätte in Seelig, wie auch die Thatsache, daß er einige politische Zeitungen nicht mehr in Göttergoh anlegen lasse. Ein solches Verhalten dürfe man doch nicht mit einer derartigen Gehaltssteigerung beantworten. Da aber die städtische Verwaltung keine Gelegenheit habe, in die Gehälter der Landesversicherungsanstalt einzugreifen, so müsse sie bei der Gehaltsbemessung ausprechen, daß sie mit den Herren nicht zufrieden sei. Trotzdem das Verhalten des Herrn Dr. Freund von seiner Seite gebilligt wurde, gelangte doch die Magistratsforderung zur Annahme. Ein Antrag, Herrn v. Schulz ebenfalls 1000 Mark Funktionszulage zu gewähren, wurde dagegen abgelehnt.

Der Oberbürgermeister Rischner ist an Influenza leicht erkrankt und muß deshalb auf ärztliche Anordnung sich Schonung auflegen. Sein Zustand ist indes nicht besorgniserregend.

Gegen die Anstellung von Schulärzten an den Gemein- schulen war unter anderem geltend gemacht worden, daß sie vielfach in Konflikt mit den Eltern geraten würden. Die bisher gemachten Versuche, die sich allerdings zunächst nur auf einige Schulen erstreckten, haben jenen Einwand als unbestanden erwiesen. In der letzten Versammlung der Schulkommissions-Vorsteher wurde von dem Vertreter der Schuldeputation angefragt, ob die Eltern Schwierigkeiten gemacht hätten, wenn ihre zur Einschulung angemeldeten Kinder zuvor dem Schularzt zur Untersuchung überwiesen würden. Die Frage wurde verneint. Im Ernst dürfte auch kaum jemand befürchten haben, daß sich die Eltern der Untersuchung ihrer Kinder widersetzen würden. Dagegen wäre es wahrscheinlich manchem grundsätzlichen Gegner der Forderung einer schulärztlichen Untersuchung und Ueberwachung der Kinder ganz erwünscht und willkommen gewesen, wenn die Eltern thätigste Schwierigkeiten gemacht hätten.

Die Hasenheide. Die Stadtverordneten Ballach und Genossen haben der Stadtverordneten-Versammlung folgende Anfrage an den Magistrat unterbreitet: „Am 25. Januar 1900 beschloß die Stadtverordneten-Versammlung: „Die Versammlung erucht den Magistrat, mit der Gemeinde Tempelhof und mit allen übrigen Beteiligten darüber in Verhandlung zu treten, unter welchen Bedingungen die Ueberleitung der Hasenheide der Straße „Hasenheide“ nach Berlin stattfinden könne.“ Wir erlauben uns nun heute die Anfrage an den Magistrat zu richten: 1. Ist die Zeitungs- notiz wahr, nach der die Vertreter Berlins in der hiesigen Konferenz erklärt haben sollen: „Berlin habe kein Interesse an der Eingemeindung von Tempelhof, falls dieses keinen Zuschuß leiste?“ 2. Was sind die Ergebnisse der Verhandlungen gewesen und wann hat es gelegen, daß wir über ein Jahr nichts mehr über die Sache gehört haben?“

Unter den im Friedrichshain konfiszirten Kranzinschriften befindet sich auch folgende von den Rollschreibern gespendete: „Wir säen ja immer die rasende Saat. — Wir züchten die Zukunft mit Tat und mit That. — Unsere Vorposten wollen wir danken. — Die für die Rechte der Menschheit saulen. — Komm, lies mit das Vorspiel der Freiheit, mein Kind. — Und strafe Wägen, die Lügner sind!“ — Bemerk sei noch, daß die Mitglieder des Verbandes der Handeld-, Transport- und Verkehrsarbeiter sich diesmal besonders hervorragend an der Erhebung der Märzgesellen beteiligten. U. a. brachten die Geschäftsdienste des Warenhauses Jandorf u. Co., sowie die Rollschreiber der Firma Vary u. Co. Kranzinschriften.

Die Ferien der Berliner Gemeindefschulen, die wie kürzlich angezeigt haben, sind nachträglich nach einer Bekanntmachung der Schuldeputation an die Schulvorstände dahin abgeändert worden, daß der Schulunterricht nach den Osterferien am Montag, den 15. April (in den höheren Lehranstalten am 16.) beginnt, während die Pfingstferien nicht bis zum 30., sondern bis Freitag, 31. Mai, dauern. Im übrigen stimmen die Ferien der höheren und der Gemeindefschulen genau überein.

Die Schulpolizei ist dem Bürgermeister von Berlin vom 1. April ab in dem Umfang übertragen, daß von ihm die polizeilichen Strafverfügungen wegen unentschuldigter Schulverhinderung nach Maßgabe des Gesetzes vom 22. April 1883 und der Verordnung des kgl. Provinzial-Schulinspektors vom 6. April 1897 zu erlassen und zur Vollziehung zu bringen sind.

Eine Irrenhaus-Affaire beschäftigt zur Zeit die Behörden. Der Maschinenfabrikant Gottschalk, Rixdorferstraße 4, bekanntlich, auf Anstiften seiner Ehefrau als angeblich gemeingefährlicher Geistes- kranker in einer Irrenanstalt widerrechtlich eingesperrt worden zu sein. Zuvorläufig ist er auf ein bezügliches Krankenattest des Kreisphysikus Dr. G. Ende vorigen Jahres in der neuen Charité eingeliefert, aber nach wenigen Tagen von dort wieder entlassen worden, da die ihn beobachtenden Ärzte keinerlei Anhalt fanden, welcher eine Internierung des Eingelieferten rechtfertigte.

Wegen großer Veruntreuungen ist der Kaufmann Fritz Niemann aus der Albrechtstr. 12 verhaftet worden. Niemann, der aus Ostpreußen stammt, war vier Jahre lang bei der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft angestellt und besonders im Hauptbureau beschäftigt. Er galt als pflichttreu und solide und genoß großes Vertrauen. Dieses mißbrauchte er jedoch, wahrscheinlich schon seit Jahren, indem er fortwährend kleinere und größere Posten unterschlug und Wägen und Quittungen fälschte, um die Unterschlagungen zu verdecken. Es wird ihm auch zur Last gelegt, Hausbesitzer oder deren Vertreter dadurch geschädigt zu haben, daß er fälschliche Notizen für Hausausfälle einlegte und die Quittung wieder an sich zu bringen wußte. Wenn dann der Kassabote kam, so wußten die Leute, weil sie keine Quittung besaßen, noch einmal bezahlen. Wie groß die nach und nach unerschlagene Summe ist, steht noch nicht fest, doch sie nach vielen Tausenden zählt, ist aber bereits ermittelt. Niemann, der von Kriminalbeamten aus seiner Wohnung heraus verhaftet und bereits dem Untersuchungsrichter zugeführt wurde, ist im allgemeinen geständig. Er soll einen leichtsinnigen Lebenswandel geführt haben.

Russehen erregte gestern morgen gegen 8 Uhr der Transport des Riesenwägens, der seinen bisherigen Aufstellungsort am Wedding verlassen hat und nun nach dem Südosten der Stadt, nach dem Kottbuser Damm, Ecke Woyppstraße, übergestellt ist. Es waren 18 Pferde nötig, um die ungeheure Last auf zwei großen Transportwägen fortzuschleppen. Da bei dem Gewicht des Kolosses zu befürchten war, daß das Straßenpflaster beschädigt würde, so waren für die beiden Wagen 35 Centimeter breite Räder eigens angefertigt worden. Der Transport, der vom Wedding aus über das Rens Thor und von da aus nach der Hasenheide ging, nahm etwa 3/4 Stunden in Anspruch.

Ein Zusammenstoß fand gestern nachmittag um 12 1/2 Uhr zwischen einem elektrischen Straßenbahn-Wagen und einer Droschke an der Ecke der Frankfurter Allee und der Subenerstraße statt. Der Droschkentreiber Meinte aus der Frankfurter Allee 112 wollte mit seinem Wagen, in dem seine Frau saß, vor einem Wagen der Linie Spittelmarkt-Friedrichsfelde vorbei noch rasch über den Damm der Frankfurter Allee fahren, verreckte sich aber in der Entfernung und Geschwindigkeit. Der Straßenbahnwagen faßte die Droschke und gerammelte sie. Meinte sprang rechtzeitig vom Bod und blieb unversehrt, seine Frau fiel aus der Droschke heraus, kam aber glücklicherweise mit leichten Verletzungen über den Augen davon. Auch das Pferd nahm keinen Schaden. Die Droschke wurde noch gegen einen Baum gedrückt und ritz diesen um; ebenso wurde ein Laternen- stiel beschädigt. Nachdem die zu Hilfe gerufene Feuerwehr die Trümmer unter der vorderen Plattform hervorgeholt hatte, schleppte sie mit ihrem Wagen die Droschke nach Hause.

Das Polizeipräsidium hat dem bei der Berliner Rettungsgesellschaft angestellten Heilichsen Karl Wöhrer für seine Mitwirkung bei dem Wiederinsbesuchen eines in Charlottenburg wohnhaften Ehepaares, welches durch Kohlenoxydgas schwer benutzlos geworden war, die Staatsprämie von 30 M. zuerkannt.

Die „Große“ im Kampfe gegen das Publikum. Die Verlängerung der Hauptlinie der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn vom Kupfergraben nach dem Alexanderplatz hat sich, so läßt die „Große“ verbreiten, so schlecht eingeführt, daß die beiden Gesellschaften, die Berlin-Charlottenburger und die Große Berliner, welche die Verlängerung auf gemeinsame Rechnung betreiben, die Absicht haben, den Betrieb der Verlängerung mit Inkrust- treten des Sommerfahrplans wieder einzustellen.

Wiederholt kommt die Große allmählich dazu, überhaupt die längeren Linien zu halbieren, um so beim Zehnpennig-Tarif das Publikum intensiver auszunutzen zu können.

Ueber die Bedeutung der Konsumgenossenschaften für die Arbeiter wird unsere Pariergenossin Frau J. J. J. J. heute abend 8 1/2 Uhr, bei Köhring, Admiralstr. 180, einen Vortrag halten.

Feuerbericht. Auch heute sind nur unbedeutende Brände zu melden. Corneliustr. 4 brannte Wäsche auf einem Hängeboden, während Postmannstr. 38 Betten in einer Kellerwohnung durch Feuer beschädigt wurden. Gitschinerstr. 30 war in einer Fabrik von Zirkulplatten ein kleines Schadenfeuer abzulösen. Nach Bahnhofs Weichen- leuchte wurde die Wehre gerufen, weil hier ein Baggon Pechlohen Feuer gefangen hatte. Unbedeutende Wohnungsbrände erfolgten noch Engel- ufer 21 und an der Stadtbahn 47. Eine Alarmanierung, die Mittwoch- mittag nach der Frankfurter Allee, Ecke Subenerstraße, erfolgte, war durch den Zusammenstoß eines elektrischen Straßenbahnwagens mit einer Droschke verursacht. Die Droschke wurde vollständig zertrümmert.

Aus den Nachbarorten.

Von der Rettungstation am Müggelsee. Die im Mai v. J. bei Gladbeck an der Müggel errichtete Station der Rettungsgesellschaft der Berliner Wasserpost-Vereine, die erste Rettungstation an deutschen Binnengewässern, ist am 20. stürmischen Tagen besetzt worden, in den ersten Wochen mit drei Mann, später mit vier. In zwei Tagen ist die Station in Tätigkeit getreten. Sie hat sich an diesen beiden Tagen an der Rettung von vier Booten und neun Personen beteiligt. Der Betrieb der Station erforderte im abgelaufenen Jahre 521 M., außerdem sind 155 M. an Rettungs- prämien gezahlt worden.

Schöneberg. Die Stadtverordneten-Versammlung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit der Wahl eines Stadtverordneten für die Abteilungs-Ausschüsse der 1903 in Dresden stattfindenden deutschen Städte-Ausstellung. Die Wahl fiel auf Stadtverordneten-Vorleser W. Müller. Ein Antrag betreffend den Beschluß von Maßnahmen zur Verhinderung einer Um- gegendung der Umsaystener fand keine Mehrheit, nachdem Bürgermeister Wilde die Erklärung abgegeben hatte, daß der Stadt- verordneten in nächster Zeit eine neue Umsaystener-Ordnung vorgelegt werden würde.

Der nächste Punkt der Beschlußfassung über die Vorlage des Magistrats, die Festsetzung von Fruchtklassen für die neue Schöne- berg-Tempelhofer Verbindungsstraße und für das Gelände zwischen letzterer und der Berliner Ringbahn, führte zu einer längeren Debatte. Ueber die Wichtigkeit der Erschließung dieses

großen Terrains zu Bauzwecken war man sich einig und nur über die Form fanden sich abweichende Meinungen. Nach längerer Beratung kam man zu folgendem Beschluß: Bei Genehmigung der Bauverträge für die neue Verbindungsstraße spricht die Versammlung den Wunsch aus, daß der von der Ringbahn bezw. Anhalter Bahn und der neuen Verbindungsstraße einschließend derselben umschlossene Terrain-Abfall nicht aus dem Landhaus-Viertel vor- behaltene Gelände ausgebeidet. Der Magistrat wird ersucht, in diesem Sinn beim Bezirksamt vorstellig zu werden. Zum Schluß fand noch die Wahl einer gemischten Deputation zur Beratung der Aufnahme einer neuen Auleiche statt. Aus der Versammlung wurden 7 Stadtdorordnete delegiert.

Untergang eines Schlepddampfers. Gestern abend versank auf der Fahrt zwischen Friedrichshagen und Köpenick ein Schlepddampfer der Brauerei Rixdorf. Vermutlich ist der Dampfer beim Durchfahren des Müggelsees beschädigt worden. Die Mannschaft konnte sich in den auf die Rettungsboote herbeigekommenen Booten in Sicherheit bringen.

Gerichts-Beilage.

Ein kleines unscheinbares Zettelchen sollte in einer Diebstahls-Anklage, die gestern gegen den Arbeiter Albert Bernicke vor der achten Strafkammer des Landgerichts I verhandelt wurde, das Haupt-Überführungsmittel bilden. Von dem Hirschbergischen Lagerplatz in der Remelerstraße wurden in letzter Zeit wiederholt Bretter in nicht unbedeutendem Werte gestohlen. Ein Angestellter der Firma sah eines Tags nicht weit von dem Lagerplatz einen Mann einen Handwagen ziehen, auf welchem eine Anzahl Bretter lagen. Der Mann, den er nur aus einiger Entfernung sehen konnte, hatte die Figur und die Gangart des bei der Hirschbergischen Firma beschäftigten Angestellten. Anstatt dem Wagen zu folgen und seinen Verbleib festzustellen, begab sich der Angestellte nach dem Lagerplatz und dort ergab sich die Thatsache, daß wiederum 8 Bretter im Werte von ca. 60 M. fehlten. Zum Transport derselben war, wie sich später ergab, offenbar ein Handwagen benutzt worden, der auf einem in der Nähe befindlichen Bauplatz stand. An Stelle des Wagens hatte sich daselbst ein kleiner, aus einem Notizbuch herangefertigter Zettel vorgefunden, der folgende Worte enthielt: „Ich habe mir den Wagen aus eine halbe Stunde gebohrt. Gruß Albert“. Die Thatsache, daß der Angeklagte gleichfalls Albert heißt, veranlaßte es, daß die Schrift auf dem Zettel der Begutachtung eines Schreib-Sachverständigen unterworfen wurde. Rechnungsrat Junghe im gestrigen Termin mit aller Bestimmtheit, daß nach seiner vollen Überzeugung der Zettel zweifellos von dem Angeklagten geschrieben sei, und führte eine Reihe klassischer Merkmale dafür auf. Der Staatsanwalt beantragte auf Grund dieses Gutachtens in Verbindung mit andern Indicien gegen den schon vielfach vorbestraften Angeklagten anderthalb Jahre Zuchthaus. Der Gerichtshof trug doch Bedenken, vorwiegend auf Grund der Schriftvergleichung zu einem Schuldigspruch zu kommen und zog es vor, den Angeklagten freizusprechen.

Zur Beleuchtung ostelbischer Anschauungen dient ein Strafprozeß, der gegen unseren Parteigenossen Kohrad aus Berlin vor dem Amtsgericht zu Bromberg verhandelt wurde. Am 11. September v. J. hatten in Pringenthal bei Bromberg zwei Werkstätten-Versammlungen stattgefunden, in denen nur die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der in den betr. Werkstätten beschäftigten Arbeiter besprochen, also keine öffentlichen Angelegenheiten verhandelt worden sind. Es war dem zufolge eine polizeiliche Anweisung dieser Versammlungen nicht erforderlich. Trotzdem nur den Arbeitern der betreffenden Firmen Zutritt zu den Versammlungen gestattet war,

erzwang sich auch der Landgendarm Zutritt, erstallte Anzeige, und so war dem Genossen Kohrad die Überwachung bereitet, zwei Strafmandate wegen einer vermeintlichen Geseßesübertretung zu erhalten, nämlich weil er einmal als Unternehmer die Versammlungen nicht angemeldet, und zweitens als Ordner und Leiter einer nicht angemeldeten Versammlung fungiert habe. Insgesamt waren 5 Wochen Haft in den beiden Strafmandaten festgesetzt.

Die Verhandlung vor dem Amtsgericht in Bromberg ergab, daß einer der eingeladenen Arbeiter dem Gendarm Mitteilung gemacht hatte, daß in Pringenthal sozialdemokratische Versammlungen stattfänden. Zwei andre Versammlungs- teilnehmer fanden sich als „Arzengeweis“. Beide konnten jedoch nur bekunden, daß Kohrad als Redner aufgetreten sei. Ein Entlastungsgewisse befand sich ausdrücklich als den Leiter der Versammlung. Trotzdem erkannte das Gericht auf 50 Mark Geldstrafe, weil — Kohrad als Redner aufgetreten sei. Da er jedoch als Redner gar nicht angeklagt war, wird das Landgericht als Berufungsinstanz das Urteil lastfrieren müssen. — Grundfänglich interessiert die Ansicht des Gerichts, daß auch die Erörterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter auch nur einer Verstoß gegen „öffentliche Angelegenheiten“ sind. Also auch damit wird sich die Berufungsinstanz zu beschäftigen haben.

Aus der Frauenbewegung.

Der Berliner Zweigverein der internationalen Föderation richtete an den Bundesrat eine Petition, worin er ersucht, bei Revision des Krankenversicherungs-Gesetzes die Bestimmungen zu streichen, die zu Ungunsten der Geschlechtskranken jetzt bestehen. Außerdem wünscht aber die Petition, bei Geschlechtskranken die obligatorische Krankenhaus-Behandlung vorzuschreiben, insbesondere für die Angehörigen der Rührungs- und Gewerbetreibenden (z. B. Bäcker, Schächter, Metzger, Kellnerinnen, Tabakarbeiter u. a. m.), sowie für Berufsgruppen, welche, wie z. B. Vorbereiter, Friseur, Kosmetiker u. a. m. bei Ausübung ihres Berufs in nahe Berührung mit andern Menschen kommen.

Berliner Kranken-Unterstützungs- und Begräbnis-Verein für Frauen und Mädchen (gegr. 1892). Heute abend 9 Uhr in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20. Geschäftliche Sitzung. **Verein abstinenter Arbeiter und Arbeiterinnen.** Donnerstag, den 21. März, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Danbau, Berlin O., An der Stadtbahn Nr. 5: Vortrag über „Abstinenz und Arbeitslosigkeit“.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt. **Servus 1900.** Sprechen Sie mit dem Lösungsschein in den Abendstunden einmal auf der Redaktion vor. **M. R.** Die Walfisch-Ausstellung am Cronenburger Thor war im Jahre 1888. **Massako.** Wir sehen keinen Grund, warum das nicht geschehen soll. **M. R.** Geschäfts-Empfehlungen können wir im Briefkasten nicht bringen. **G. S.** Ihre Wohnung besteht aus 2 Zimmern nebst Zubehör (Laden rechnet nicht als Zimmer), wuß daher am 1. April geräumt werden. — Ausland. Eine dahingehende Verpflichtung haben die Konsuln nicht, pflegen aber in der Regel sie dennoch zu erfüllen. — **V. Vehr.** Ja. — **P. D. 62.** Eine Reklamation wäre ergebnislos: Die Rente ist nach dem Gesetz nicht in Abrechnung zu bringen. Ferner ist zu Gunsten jedes noch nicht 14 Jahr alten Kindes eine Summe von 50, nicht wie früherfalls angenommen von 100 Mark, in Abzug zu bringen. — **Zwei Wertende.** Sie

sind im Irrtum. Zu welchen Fällen Rückstellungen seitens der einzelnen Staaten stattfinden, ist in Staatsverträgen festgelegt. — **W. G.** Reim. — **M. R.** Rigdori 76. Nach Ihrer Entscheidung ist die Hilfskasse zweifellos im Unrecht. Ob Sie Kassen können, hängt davon ab, ob in den uns unbekanntem Statuten der Reichsbank ausdrücklich ist. Ist der Reichsbank nicht ausdrücklich, so ist das Amtsgericht für die Klage zuständig. Hat sich der Art so benommen, wie Sie sagten, so wäre es Ihre Pflicht als Mitglied der Kasse, sich bei dem Vorstand und eventuell in der Generalversammlung zu beschweren. — **S.** Sie müssen den Verpflichtungen nachkommen. — **P. 50.** Wenn der Versuch keinen größeren Umfang hat, nein. — **E. J. 3.** 1. Reim. 2. Das ist verabschiedet. — **2. Wertende.** 1. Innerhalb vier Jahren nach Beilegung des Einkommensteuervertrages. 2. In den Jahren. — **M. R.** Rigdori. Der Mann hat Argumente zu zahlen ein Vierteljahrige Alimente kann schon vor der Geburt gefordert werden. Ein Beispiel für solche Klagen finden Sie Seite 219 Nr. 10 des dem Arbeiterrecht angehängten Führers durch das Bürgerliche Gesetzbuch. Das Buch liegt in der Bibliothek Alexanderstr. 16 aus. — **Greifenbergerstraße.** Sie haben recht. — **P. R. 17.** 1. Ja. 2. Reim. — **M. 2.** 100. Es genügt schriftliche Vollmacht. — **2. 100.** 1. Ja. 2. Sie können Beschwerde beim Regierungspräsidenten einlegen. — **M. 2.** 85. Sie können verlangen, daß auch die Staatsanwaltschaft als Beschäftigterzeit im Zeugnis aufgeführt werde, freilich kann hinzugefügt werden, daß Sie während dieser Zeit krank waren. — **W. S.** 1. Ja: Die Notariatsgebühren richten sich nach der Höhe des Objekts: Die einseitige Kohrentabelle können wie unmöglich abdrucken. 2. Auch die Gerichtskosten richten sich nach der Höhe des Objekts. 3. Ja. — **S. R. 30.** Sie haben keinen Rechtsanspruch auf Unterstüzung, können sich aber an das Kriegskassenministerium, dem Mittel zur Verfügung gestellt sind, wenden. — **S. W.** Große Frankfurterstraße. 1. Ja. 2. Reim. — **L. J.** Wedding. Geschäftstragen lassen sich ohne Kenntnis, wann der Tod erfolgt ist, wo die Verstorbenen ihren Wohnsitz hatten, welches Wohnsitz sie als erben nach der Ehegattin hatte, ob der Ehegatte sein Wohnsitz nachgelassen hat, nicht beantworten. Sie thun daher besser, gelegentlich nach dem in der juristischen Sprechstunde vorzusprechen. — **M. R.** 100. Die Steuerpflicht tritt sofort ein, eine Schenkung gibt es nicht. — **S. 7.** Der Steuererheber darf Ratenzahlungen nicht bewilligen, das kann nur die Steuerdeputation, an die Ihr Bruder sich schleunigst unter Vorlegung der Vermögensverhältnisse wenden soll. — **M. R. 15.** 1. Reim. 2. Ja. — **Gochter.** 18. 1. Die Berufung ist innerhalb einer Woche nach Verkündung, nicht nach Aufhebung des Urteils, beim Schöffengericht einzulegen. 2. Reim. 3. Ja. 4. Reim. — **G. 2.** Es müßte ein schriftlicher Vertrag vorhanden sein. — **G. S.** Schriftliche Antwort zu erteilen können wir ab. 1. Der Wert würde sofort eine Räumung klagen und nach Erwirkung eines Urteils die Räumung vollziehen können. 2. Ja: Die Sachen hatten für die gekaufte, noch laufende Miete. Die Beilegung der Forderung unterwerfener Sachen ist fraglich. — **Kulmsch.** 32. Stellen Sie den Antrag, Ihnen die Nachschüsse von 120 M. als Soterenen zu zahlen, beim Polizeipräsidenten schriftlich. — **M. R.** 18. Wenn das zweite Kind in Preußen geboren war: nein. — **Formel.** Urediktrakt. Ein solches Urteil ist nicht ergangen. — **M. S.** in B. Da müssen Sie sich schon direkt an den Vorkassenden: eine gerichtliche Vorprüfung über diese Frage besteht nicht. — **S. G. 33.** Das Einkommen der Frau wird mit dem des Mannes zusammen geschätzt. Gewerbesteuer ist außerdem zu zahlen, wenn das Anlagekapital 3000 oder der Jahresgewinn 1500 M. übersteigt. — **3.** Reim.

Witterungsübersicht vom 20. März 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Baromet. hand m. m.	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. u. C.	Stationen	Baromet. hand m. m.	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. u. C.
Schwabmünde	762 RD		7	Schnee	1	Opavanda	753 RD		2	h. Neb.	-7
Leipzig	759 RD		6	bedeckt	3	Bielefeld	757 RD		4	h. Neb.	3
Berlin	749 RD		4	bedeckt	3	Köln	764 RD		4	wolfig	4
Frankf. M.	744 RD		4	wolfig	6	Wien	745 RD		3	bedeckt	6
München	741 RD		1	bedeckt	7						
Wien	745 S		2	bedeckt	10						

Wetterprognose für Donnerstag, den 21. März 1901.
Sichtlich kühl und veränderlich, vorwiegend trübe mit Niederschlägen und frischen nordöstlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser Sohn, Bruder und Schwager, der Dreher **Otto Becker** infolge eines Unglücksfalls plötzlich verstorben ist. Der Beerdigungstag wird näher bekannt gegeben. 204b Die trauernde Witwe.

Todes-Anzeige. Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am Montag, den 18. d. M., mittags, meine liebe Frau **Anna Neunes** nach langen Leiden sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet Sonntag, den 24., nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Jakobstichs aus statt. 206b Die trauernde Hinterbliebene **Paul Neunes** nebst Tochter.

Kranken- und Sterbe-Unterstützungs-Kasse der Berliner Hausdiener. Am 17. d. M. verstarb unser Mitglied **Johann Boruschewski.** Ehre seinem Andenken. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 21. März, nachm. 3 Uhr auf dem St. Sebastian-Kirchhof, Reinickendorf, Humboldtstraße, statt. 195b Der Vorstand.

Centralverband der Former und Berufsgehilfen. **Todes-Anzeige.** Am 10. März cr. starb unser altes und treues Mitglied, der Former **Franz Joswiak** nach langen und schweren Leiden im Alter von 72 Jahren. Die Beerdigung in ihm ein tüchtiges Mitglied, das trotz seines Alters jederzeit zu unserer Fahne gehalten hat. Sein Andenken werden wir in Ehren halten. Die Beerdigung findet Sonntag, den 24. März, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle der Sebastian-Gemeinde, Dönhofscher Chaussee, aus statt. Um zahlreichere Beteiligung ersucht 61/2 Die Ordervorwaltung.

Für die herrliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes **Otto Böhme** sage ich allen Freunden und Bekannten meinen innigen Dank. 199b **Bertha Böhme.**

Cöpenick. **Dankagung.** Für die zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung meiner lieben Frau sage ich allen Genossen, insbesondere dem Gesangsverein Vortragen meinen herzlichsten Dank. **Martin Kloos.**

Möbel- u. Polsterwaren-Fabrik von **A. Schulz, Reichenbergerstr. 5,** empfiehlt Einrichtungen von 250 bis 10 000 M. 973b Unvergleichlich gediegene Arbeit, billige Preise, constanteste Zahlungsbedingungen. Verantwortlicher Redacteur: Heinrich Geröbel in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glöde in Berlin. Druck und Verlag von Max Dading in Berlin.

Dankagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die schönen Kranzspenden, die uns bei der Beerdigung unseres lieben Mannes und Bruders **Gottfried Reschke** zu teil geworden sind, sagen wir allen Freunden, Bekannten und Verwandten sowie dem Ehe- und dem Familienpersonal der Firma Stobwasser unsern innigsten Dank. 206b **Friederike Reschke, geb. Hunge, u. Sohn.**

Ich wohne jetzt **S., Oranienstr. 68, II.** **Dr. Curt Freudenberg,** Tel.-Amt IV a. 7414.

Urania beste, feinste Marke. Billige Preise. Wiederverkäufer gesucht. **Urania-Fahrrad-Fabrik, Kottbus.** **Wassilwerte** selbstspielend mit auswechselbaren Platten, sowie Sitteln, werden bei geringer Teilzahlung vergeben. 1989b **L. Auerberg, part. Rem. Baden.**

Möbelstoffe! alle Qualit. selten billig! Gelegenheitsverkauf: **Moequett-Plüsch 5, 35 M.** per Meter (130 Centimeter breit). **Winkler bei näher. Angabe franco.** **Berlin S., Oranienstr. 158.** **Emil Lefèvre.**

Album- u. Lederwarenfabrik **Oskar Gundau,** 30. Oranienstrasse 30, Ecke Kopalberstrasse.

Künstliche Zähne ohne Schmerz-Gussform! **Garantiert schmerzlos!** Zahn- u. Wurzel-Operat., Plomben etc. Langjährige Garantie. **Zeitspendung Woche 1 Mart.** **Bruno Steffens, Reanderstr. 21**

Preie Volksbühne. **Sonntag, 24. März:** **I. Abteilung im Lessing-Theater, nachm. 2 1/2 Uhr:** **La Robe rouge (Die Rächerin).** Drama in vier Akten von Eugène Brieux. Deutsch von Dr. A. Berthold. Die 8. Serie der Vorstellungen beginnt am 31. März im Carl Weiss-Theater für die I. Abteilung. Zur Aufführung kommt: **Der Biberpelz.** Eine Diebskomödie von Gerhart Hauptmann. **II. Oper (blaue Marken): Sonntag, 24. März, im Theater des Westens, 2 1/2 Uhr (Anfang der Vorstellung 2 Uhr): Der Barbier von Sevilla.** **III. Oper (gelbe Marken) 28. April.** **Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.** 229/3

Eugen Joachim's Möbelfabrik **Reue Königstraße 59, nahe Alexanderplatz.** Großer Möbelpolier. Spezialgeschäft für kleine und mittlere Wohnungs-Einrichtungen. Teilzahlung unter den constantesten Bedingungen gestattet. Beamten mit ganz geringer Anzahlung. Ganz besonders zu empfehlen ist der große Vorrat verleiher gewellener und gebrauchter Möbel, die wie neu sind und billig abgegeben werden. Beantworte, welche eine dauerhafte und billige Einrichtung kaufen wollen, bitte ich, ohne jeden Anschlag mein fotohales Lager vor Einkauf zu besichtigen. Verlangen Sie mein Musterbuch gratis und franco. Durch größere Maschinenkäufe und Erparung der teuren Rohmaterialien bin ich im Stande, hübsche und geschmackvolle Wohnungs-Einrichtungen für 150 bis 10 000 M. zu liefern. Kommode 17, Waschtisch, Divan mit Sitzauszug 35, Spiegel 6, Kuschelstuhlpolier 35, Beistelle mit Nattage 21, Stühle 3, alle Arten Küchenmöbel, Ruhbaum- und Mahagoni-fournierte Kleiderstühle, Peristoms 35 M., Kuschelstühle mit Sprangleder, Matratze 38, elegante Säulenträumeur 45, Bücherregale, Solon, garnituren 105, Buffet aller Art, feine Garnituren, sehr wenig gebraucht, preisbillig. Ganze Speisezimmer und Schlafzimmer. Gefaßte Möbel können beliebige Zeit bei mir kostenlos lagern. 5412b

Siebengebirgs-Lotterie **Ziehung schon 28. März u. folg. Tage.** **Hauptgew. 125 000, 75 000, 50 000 Mark etc.** **Originallose: 1/4 M., 1/2 M., 2 M., Porto u. Liste 30 Pf.** **Heinrich Kron, Berlin C., Alexanderstr. 54.** **In meine Kollekte seien soeben:** **der 1. Hauptgewinn d. Marlenburger Geldlotterie 60 000 Mark auf No. 155 960, der 1. Hauptgew. der Meissner Dombaulotterie, 40 000 Mark auf No. 152 416, die Hauptgew. der Siebengebirgs-Lotterie 75 000 M. auf No. 152 191 u. 50 000 M. auf No. 222 710.**

Jede Dame spart Geld **Engros-Saison 1901 — Einzelu —** **zu Engros-Preisen.** **grossen Restbestand** **1 Bollen Tuch-Capes mit Applikationen, auf Seide gefüttert 8-10.** **1 Bollen Golf-Capes, Gombaspure in allen Größen . . . 5-15.** **1 Bollen Pariser Modelle unter Herstellungspreis.** **— Applikationen auf Tüll-Jackets, Capes und Sack- Paletots. —** **1 Treppe. — Am Alexander-Platz. — Rein Laden.**

Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Zimmerer. 259.5 **(Eingeliehene Hilfskassen Nr. 2, Hamburg.)** Den Mitgliedern zur Kenntnisnahme, daß die Geschäfte des Vorkassenden bis auf weiteres dem Kassierer **Chr. Hilgenfeld, Bergstraße 60,** übertragen worden sind. **Der Vorstand.**

F. Scholz' Festäle u. Garten, **Gr. Frankfurterstraße 74,** 9632b **empfehlen seinen großen Saal mit Theaterbühne und Garten zu Sommerfestlichkeiten an Vereine. Verdienende Sonnabende noch frei. Ein großes Besesszimmer mit Pianino. Jeden Sonntag grosser Ball. Anf. 4 Uhr. Montag, Dienstag und Donnerstag: Grosser Ball. Anf. 8 Uhr**

Felix Scholz, Kopenstr. 35, Frankfurterstrasse. **Spezialgeschäft für emaillierte Geschirre.** **Rücheneinrichtungen in jeder Preislage.** **Gross Preisermässigung. Durchweg aussergewöhnlich billige Extrapreise.** **Email. deforierte Waschgarnituren mit Säulchen von 2,75 M. an.** **Email. tabellose Ware, 28 Centimeter, nur 75 Pf.** **50 55 60 Centimeter lang** **Wannen, tabellose Ware, 2,00 2,50 3,50 M.** **Tischeffel, neublau od. marmoriert, ca. 4 Pf. 1/2, Prima 1,90 Pf. 1 1/2, 1 Liter** **Kasserollen, neublau oder marmoriert, — 75 — 85 Pf.** **Waschbeden, mittelgroß 50 Pf. Bergante Waschtöpfe aus einem Stück von 2,00 M. an. Kaffermöhlen mit genau schließendem Mahlwerk von 1,25 M. an. Echl Solinger Messer, Gabeln, Scherren etc. Britannien, Reußliden und Apoccalöffel. 1025b **Geschäftsprinzip: nur reelle haltbare Waren zu niedrigen Preisen. Als Rabatt gewährte vom Einkauf eine Zugabe von 5 Prozent. Filiale: Weissensee, König-Chaussee 40.****

Berufs-Bekleidung **— aller Arten. —** **D. Wurzel & Co.,** **Wrangel-Strasse 17, Ecke Manteuffel-Strasse.** 5142b

Paul Burows Möbelfabrik, Schönhauser-Strasse 2. **In meinem großen Möbelpolier habe ich eine großartige Ausw. wohl aller Krien Möbel zum Verkauf. Durch Massen-Einkäufe, Erparung teurer Rohmaterialien etc. bin ich im Stande, ganz bedeutende Vorteile zu gewähren. Ganze Einrichtungen von 150 bis 10 000 M. Ganz besonders weise ich auf mein großes Lager verleiher gewellener, einfacher, sowie hochherzlicher Möbel hin, welche zu sehr billigen Preisen abgegeben werden: Ruhbaum- oder Mahagoni-Kleiderstühle und Beistells 36 M., Korridorstühle 22, Kuschelstuhlpolier 36, Beistellen mit Nattage und Reiffen 22, (sonstige Kuschelstühle mit Sprangleder, Nattage und Reiffen 44 M., Kommode 18, Spiegel 9, Säulenträumeur 45, Timen mit Sitzauszug 36, Garnituren, Bannschlaf mit Bettelischen und Pilschenschlafung 85, Sofa-Gründe, Kuschelstühle mit Spiegelstühlen, Herrenschränke, Garderobenschränke, Bücherschränke x. Goenüll Einrichtungen gegen Teilzahlungen unter constanten Bedingungen. Beamten geringe Anzahlung. Bekannte Möbel können beliebige Zeit bei mir kostenlos und werden sauber transportiert, auch nach außerhalb. 5742b**